



LAND
BRANDENBURG

Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit und Energie

BERICHT DES MINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND ENERGIE 2023

STRATEGIEN FÜR EINE ZUKUNFTSSICHERE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG



INHALTSVERZEICHNIS

1	Vorwort des Ministers	3
2	Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung im Land Brandenburg	4
3	Strategien	10
3.1	Digitalisierung	10
3.1.1	Strategie Digitalisierung der Wirtschaft	10
3.1.2	Strategie zum Einsatz Künstlicher Intelligenz in der brandenburgischen Wirtschaft	10
3.1.3	Mitwirkung des MWAE an der Erarbeitung der KI-Strategie des Landes	11
3.1.4	5G-Strategie des Landes	11
3.2	Fachkräftesicherung und -entwicklung, Bekämpfung der Schwarzarbeit	12
3.2.1	Fach- und Arbeitskräftestrategie	12
3.2.2	Strategische Anwerbeoffensive	15
3.2.3	Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung	16
3.3	Wachstum und Innovation	17
3.3.1	Innovationstrategie	17
3.3.2	Industriestrategie	17
3.3.3	Aktionsprogramm Zukunft des Handwerks im Land Brandenburg 2021-23	18
3.3.4	Tourismusstrategie Brandenburg	20
3.3.5	Außenwirtschaftsoffensive	22
3.6	Gründungsoffensive	23
3.3.7	Ansiedlungsstrategie	26
3.3.8	Gewerbe- und Industrieflächenkonzept	27
3.4	Energiewende und Ressourceneffizienz	30
3.4.1	Energiestrategie 2040	30
3.4.2	Wasserstoffstrategie (H ₂ BB)	31
4	Europäische Strukturfonds (EFRE, ESF+, JTF)	33
4.1	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) / Just Transition Fund (JTF)	33
4.2	Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+)	36

1. Vorwort des Ministers

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft unseres Landes hängt von der Bewältigung des Dreiklangles von digitaler, ökologischer und sozialer Transformation ab. Die multiplen Krisen der letzten Jahre haben diesen Transformationsprozess zusätzlich beschleunigt. Mein Ziel ist es, mit einer bedarfsgerechten Wirtschafts-, Arbeits- und Energiepolitik den Umbau der Wirtschaft so zu unterstützen, dass wir Klimaneutralität unter Wahrung der Energiesicherheit bis 2045 erreichen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz der Unternehmen, insbesondere der KMU, verbessern. Wir wollen nachhaltigen Wohlstand sichern und das Land Brandenburg als modernen Dienstleistungs- und innovativen Industriestandort mit guter Arbeit und hoher Attraktivität für Arbeits- und Fachkräfte gezielt weiterentwickeln. Dazu haben wir wirtschafts-, arbeits- und energiepolitische Strategien, strategische Offensiven bzw. Konzepte erarbeitet und mit konkreten Maßnahmen und Richtlinien unteretzt. Kurz gesagt geht es hier um die Antwort auf die Frage, wie es aus Sicht der Landespolitik mit der brandenburgischen Wirtschaft mittel- und langfristig weitergehen soll.

Der Bericht des brandenburgischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie bietet in seiner aktuellen Ausgabe einen Überblick über die strategischen Ansätze. Die auf mittel- und langfristige Ziele gerichteten Strategien sind oft sehr komplex und umfangreich und werden daher zwar von Fachleuten, nicht aber von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Der Bericht fasst die Strategien daher prägnant zusammen und schafft so ein Gesamtbild der vielschichtigen Wirtschafts-, Arbeits- und Energiepolitik. Ein wichtiges Instrument für die Umsetzung sind die Europäischen Strukturfonds im aktuellen Förderzeitraum 2021 bis 2027, denen der zweite Schwerpunkt gewidmet ist. Abgerundet wird der Bericht durch ein Kapitel zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung im Land Brandenburg, in dem es unter anderem um die konjunkturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der einzelnen Wirtschaftszweige in den Jahren 2022 und 2023 geht.

Der Bericht ist eine Art Serviceangebot an alle, die sich einen Überblick verschaffen wollen, aber auch an alle jene, die an den Details interessiert sind. Zahlreiche Links führen bei Interesse im Internet zu weiterführenden Informationen.

Zur Einleitung in das Kapitel „Strategien“ möchte ich noch einige Vorbemerkungen machen. Am Anfang eines Strategieprozesses steht in vielen Fällen eine umfassende Bestandsaufnahme und eine



Foto: Till Budde

Stärken-/Schwächen-Chancen/Risiko-Analyse. Im nächsten Schritt werden die Zielgruppen und „Stakeholder“ einbezogen, also interne und externe Interessengruppen, Fachexpertinnen und –experten, Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft, Gewerkschaften, Kammern und Verbänden

oder der Zivilgesellschaft und nicht zuletzt andere von der Thematik betroffene Ressorts der Landesregierung. Aus diesen Konsultationen ergeben sich konkrete Ziele, prioritäre Handlungsschwerpunkte und Empfehlungen für deren Umsetzung. Es folgen ressortinterne und ressortübergreifende Abstimmungen des Strategieentwurfs sowie ggf. die Behandlung in Landtagsausschüssen bzw. im Plenum des Landtags. Dieser Prozess ist zwar mitunter langwierig, gewährleistet aber eine hohe Bedarfsgerechtigkeit, Akzeptanz und eine gute Qualität des „Endprodukts“. Außerdem sichern wir damit die Kompatibilität der verschiedenen Fachstrategien, die jeweils zahlreiche Schnittmengen miteinander und Anknüpfungspunkte zueinander haben. Diese inhaltliche Verzahnung muss in den jeweiligen Strategien berücksichtigt werden und klar zum Ausdruck kommen. So entsteht aus den Einzelstrategien eine in sich schlüssige und zusammenhängende Gesamtstrategie.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

A handwritten signature in blue ink that reads "J. Steinbach". The signature is written in a cursive, flowing style.

Prof. Dr.-Ing. Jörg Steinbach

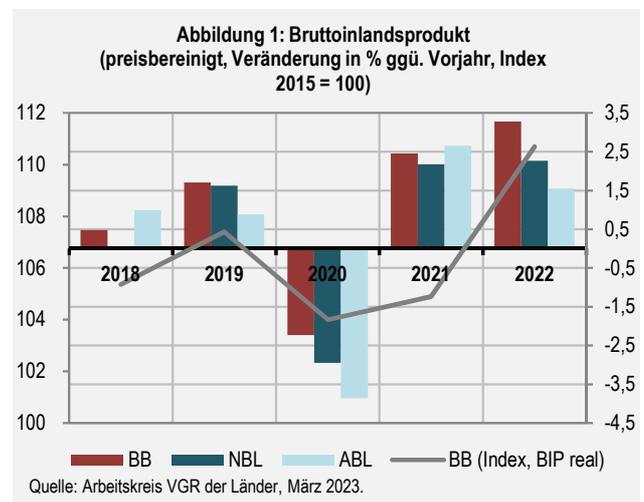
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg

2. Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung im Land Brandenburg 2022/2023

KONJUNKTUR UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Die konjunkturelle Entwicklung der **deutschen Volkswirtschaft** wurde in den vergangenen Jahren durch mehrere Krisen erheblich beeinflusst. Im Jahr 2020 führten die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie die Wirtschaft nach einer zehn Jahre währenden Wachstumsphase in eine tiefe Rezession. Nahezu alle Wirtschaftsbereiche waren sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite betroffen. Die Erholung im Jahr 2021 wurde durch die andauernde Pandemie und zunehmende Lieferengpässe beeinträchtigt. Ab der zweiten Jahreshälfte kamen steigende Energiepreise hinzu. Das Jahr 2022 war zusätzlich vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine geprägt, der gravierende wirtschaftliche Folgen in Deutschland hatte. Vor allem die Preise für Erdgas, aber auch von Mineralölprodukten stiegen explosionsartig. Aufgrund des Lieferstopps von Erdgas durch Russland drohte zwischenzeitlich eine Gasmangellage in Deutschland. In der Folge stiegen die Verbraucherpreise auf historische Höchstwerte. Auch Nahrungsmittel verteuerten sich massiv. Diese Entwicklung hat - trotz umfangreicher staatlicher Entlastungsmaßnahmen - zu erheblichen gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftverlusten und einer Verschlechterung des Konsumklimas geführt. Daneben beeinträchtigten neuerliche Material- und Lieferengpässe das Wirtschaftsgeschehen.

Die brandenburgische Wirtschaft hat die sich überlappenden Krisen insgesamt souverän gemeistert. Die Wirtschaftsleistung expandierte im Jahr 2022 um +3,3% (siehe Abbildung 1). Die märkische Wirtschaft verzeichnete damit ein stärkeres Wachstum als die ostdeutschen Flächenländer (+2,3%) und auch als die westdeutschen Bundesländer (+1,5%).



Dank der vergleichsweise positiven Entwicklung im Land Brandenburg wurden Fortschritte bei der Annäherung an das bundesweite Einkommensniveau erzielt. Das **Pro-Kopf-Einkommen** (in jeweiligen Preisen) in Brandenburg lag 2022 bei 75,3% des gesamtdeutschen Wertes - 2018 waren es noch 71,4%.

Außerdem hat sich die Produktivitätslücke zwischen Brandenburg und dem Bundesdurchschnitt deutlich verkleinert. Bei der **Arbeitsproduktivität** (gemessen in BIP je Erwerbstätigenarbeitsstunde) erreichte Brandenburg mit einem Zuwachs von +11,4% gegenüber dem Jahr 2021 89,9% des bundesweiten Niveaus. Damit verzeichnete Brandenburg nicht nur die höchste Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland, sondern erzielte auch als erstes ostdeutsches Flächenland eine höhere Arbeitsproduktivität als ein westdeutsches Land (Saarland).

2022 legte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung (BWS) trotz des schwierigen Umfeldes insgesamt um +3,3% im Vergleich zum Vorjahr zu. Die **konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaftsbereiche** verlief dabei durchaus unterschiedlich.

Der stärkste Treiber des brandenburgischen Wirtschaftswachstums im Jahre 2022 war das **Verarbeitende Gewerbe**. Die Wertschöpfung stieg um +13,4%. Die Industrie verbuchte damit – trotz stark gestiegener Energiekosten und weiterhin bestehender Engpässe bei Material- und Rohstofflieferungen - bundesweit das stärkste Wachstum. Dies ist maßgeblich auf den Produktionsstart von Tesla in Grünheide im März 2022 zurückzuführen. Neben Automotoren

tive haben Branchen wie die Metallindustrie oder der Bereich Reparatur von Maschinen und Ausrüstungen zum Wachstum beigetragen.

Im **Baugewerbe** machten sich im letzten Jahr die gestiegenen Baukosten und steigende Zinsen bemerkbar. Diese Faktoren haben eine merkliche Verschlechterung der Baukonjunktur bewirkt. Die BWS ist gegenüber 2021 um -2,8% gesunken. Bundesweit war der Rückgang mit -2,9% noch etwas stärker.

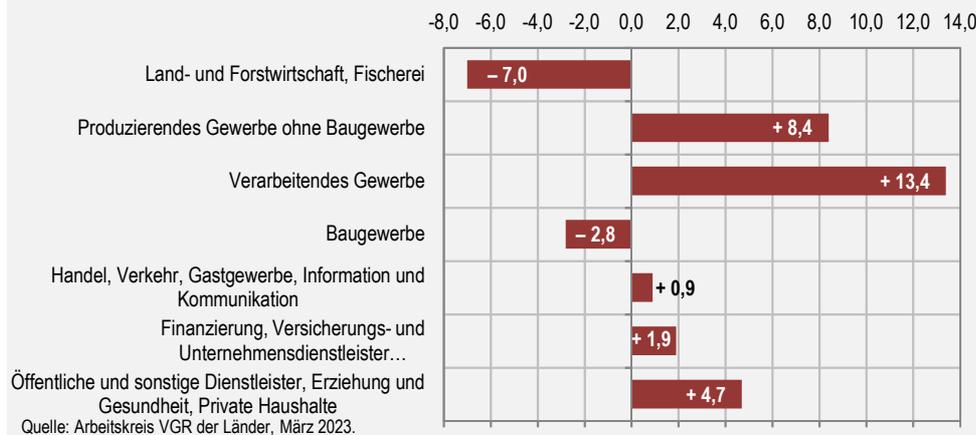
Im **Dienstleistungsbereich** waren Gastgewerbe, Einzelhandel, die Kultur- und Kreativwirtschaft und personennahe Dienstleistungen während der Corona-Pandemie besonders stark von Infektionsschutzmaßnahmen betroffen. Im Jahr 2022 standen die Zeichen in vielen Dienstleistungsbranchen auf Erholung. Die Wirtschaftsleistung legte in Brandenburg mit einem Plus von 2,7% zu, blieb dabei im bundesweiten Vergleich aber leicht unterdurchschnittlich (DEU: +2,9%). Ein sehr dynamisches Wachstum erfährt der Bereich der Luftfahrtleistungen seit der Eröffnung des Flughafens BER vor zwei Jahren.

Kaufkraftenzug dürften die konjunkturelle Entwicklung in konsumnahen Bereichen, wie Einzelhandel oder Gastgewerbe, beeinträchtigen.

Erst im Jahr 2024 ist davon auszugehen, dass die realen, verfügbaren Einkommen aufgrund anziehender Löhne und einer sinkenden Inflation steigen werden und substantiell höhere Konsumausgaben ermöglichen. Die geldpolitische Straffung mit steigenden Zinsen dämpft weiter die Baukonjunktur.

Das **Prognosespektrum** für die BIP-Wachstumsrate in Deutschland liegt am aktuellen Rand zwischen -0,3% und +0,5%. Nach Ansicht des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) dürfte die Wirtschaft in Ostdeutschland mit +0,2% leicht expandieren. Im Jahr 2024 wird die wirtschaftliche Entwicklung voraussichtlich wieder an Fahrt aufnehmen. Die Prognosen bewegen sich zwischen +1,0% und +1,9%. Für Ostdeutschland beträgt die Prognose des IWH für das Wachstum +1,7%.

Abbildung 2: Bruttowertschöpfung 2022 (preisbereinigt)
(Veränderung ggü. Vorjahr in %)



KONJUNKTURAUSBLICK FÜR 2023 UND 2024

Eine Rezession im Jahr 2023 scheint für Deutschland abgewendet zu sein. Zum Jahresbeginn stagnierte die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland allerdings und die Unsicherheit bzgl. der wirtschaftlichen Entwicklung ist hoch. Die Wahrscheinlichkeit einer Gasmangellage im kommenden Winter mit entsprechenden Konsequenzen für die deutsche Volkswirtschaft ist zwar deutlich gesunken, ein Restrisiko bleibt aber bestehen. Es zeichnet sich ferner ab, dass die hohe Inflation nur langsam verringert werden kann und wohl auch mittelfristig deutlich über dem EU-Zielwert liegen dürfte. Die aktuellen Inflationsprognosen liegen zwischen 5% und 7%. Die damit verbundene Konsumzurückhaltung und der inflationsbedingte, gesamtwirtschaftliche

Laut gemeinsamem Konjunkturreport der Industrie- und Handelskammern Berlin-Brandenburg zum Jahresanfang 2023 bewerteten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage besser als in der Vorumfrage. Zudem blickten sie optimistischer auf die kommenden Monate. Der Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise stellt für sie das größte **Risiko** dar. Im Vergleich zur Vorumfrage hat die Häufigkeit der Nennungen aber abgenommen. Ähnliches gilt für die Belastungen durch steigende Arbeitskosten, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie Absatzprobleme. Der Fachkräftemangel hat als Risikofaktor im Vergleich zur Vorumfrage wieder an Gewicht zugenommen. Die **Investitionsabsichten** in der Industrie sind gestiegen, im Baugewerbe sind sie hingegen spürbar gefallen. Die **Personal-**

planung der Unternehmen in Brandenburg bleibt zurückhaltend. In Baugewerbe, Handel und Industrie wird mit einer sinkenden Zahl an Beschäftigten gerechnet. Dienstleister und Gastgewerbe planen dagegen, mehr Personal einzustellen.

ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTSBEREICHE IM JAHR 2022¹

VERARBEITENDES GEWERBE

Der nominale **Jahresumsatz** von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes, Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr tätigen Personen ist 2022 gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund hoher Auslandsumsätze kräftig um +35,0% gestiegen. Deutschlandweit lag der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2022 um +18,8% über dem des Vorjahrs.

Die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ist zur umsatz- und beschäftigungsstärksten Industriebranche Brandenburgs geworden und trug 12,1% (rd. 4 Mrd. Euro) zum gesamten Jahresumsatz bei. Die Umsätze der Branche haben sich von 2021 auf 2022 fast verdreifacht. Die zweitstärkste Branche ist die Metallherzeugung und -bearbeitung, die ihren Umsatz kräftig um +72,5% steigern konnte. Ihr Anteil am Gesamtumsatz liegt ebenfalls bei 12,1%. Auf dem dritten Platz folgten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln, deren Umsätze um knapp ein Viertel gestiegen sind (Anteil an Gesamtumsatz: 9,4%).

Der seit 2019 anhaltende Trend des Beschäftigungsrückgangs im Verarbeitenden Gewerbe kehrte sich 2022 um. Die **Beschäftigung** nahm um +6,1% gegenüber dem Vorjahr zu, im Jahresmittel waren in den brandenburgischen Industriebetrieben mit mehr als 50 Beschäftigten 83.864

Personen tätig. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Statistik im Jahre 2005. Bundesweit erhöhte sich die Industriebeschäftigung lediglich um +0,8%.

BAUWIRTSCHAFT

Die **Umsätze** im Bauhauptgewerbe wuchsen 2022 nach einem Rückgang im Jahr 2021 um +4,0%. Deutschlandweit stiegen die baugewerblichen Umsätze um +9,9%. Dabei dürfte es sich jedoch eher um Preiseffekte als um eine Steigerung der Produktion handeln. Die **geleisteten Arbeitsstunden** erhöhten sich im Jahr 2022 lediglich um +0,9%. Die **Beschäftigung** ist um +1,0% auf durchschnittlich 18.617 Personen gestiegen. In Deutschland nahm die Beschäftigung mit einem Plus von 1,6% etwas stärker zu.

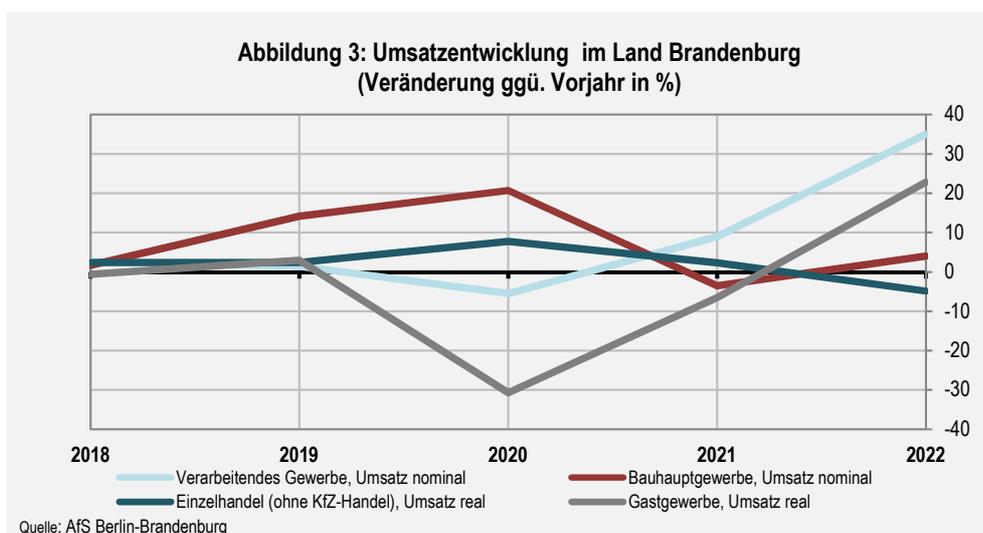
Im Vergleich zum Jahr 2021 ist die Zahl der **Baugenehmigungen** im Wohn- und Nichtwohngebäudebau im Jahr 2022 um -8,3% (9.233 Genehmigungen) gesunken.

Die **Baupreise** für den Neubau von Wohngebäuden erhöhten sich im letzten Jahr durchschnittlich um +18,1%. Dies war die höchste jährliche Teuerung seit 1992. Ursache für den enormen Anstieg waren Preissteigerungen sowohl für Roh- als auch für Ausbauarbeiten, die auf die steigenden Rohstoff- und Energiepreise zurückzuführen sind. Zum Jahresende schwächte sich der Preisanstieg auf hohem Niveau leicht ab.

DIENSTLEISTUNGEN²

Von Januar bis November 2022 sind die **realen Umsätze** in den Dienstleistungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum im Durchschnitt um +0,3% gestiegen. Überdurchschnittliche Zuwächse verbuchten die Bereiche „Grundstücks- und

Abbildung 3: Umsatzentwicklung im Land Brandenburg (Veränderung ggü. Vorjahr in %)



¹ vorläufige Daten.

² Daten lagen bei Redaktionsschluss für den Zeitraum Januar bis November 2022 vor.

Wohnungswesen“ (+7,4%), „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (+5,4%) sowie „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (+3,1%). Dagegen waren die Umsätze im „Verkehr und Logistik“-Bereich (-5,4%) sowie in der „Information und Kommunikation“ (-0,3%) rückläufig.

Die Zahl der Beschäftigten ist in den ersten elf Monaten des Jahres 2022 in den Dienstleistungen um -0,6% ggü. dem Vorjahreszeitraum gesunken. In den Bereichen „Information und Kommunikation“ (+2,6%), „Grundstücks- und Wohnungswesen“ (+1,6%) und „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (+1,0%) ist die Beschäftigung gestiegen. Rückläufig war sie im Bereich „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ (-2,4%) sowie im Bereich „Verkehr und Lagerei“ (-0,2%).

EINZELHANDEL

Die Entwicklung des Einzelhandelsgeschäfts (ohne Kfz-Handel) wurde 2022 vom Anstieg der Verbraucherpreise ausgebremst. Die realen **Umsätze** gingen um -4,9% zurück, nachdem sie im Vorjahr noch um +2,6% zugelegt hatten. Deutschlandweit fielen die Umsätze lediglich um -0,7%.

Die **Zahl der Beschäftigten** im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) sank um -1,7%, während sie bundesweit um +0,7% zunahm.

GASTGEWERBE

Die Branche hat während der Corona-Pandemie heftige Verluste hinnehmen müssen. Trotz solider Entwicklung 2022 hat das Gastgewerbe das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Die **Umsätze** (gemessen in konstanten Preisen) haben 2022 um +22,4% zugenommen. Deutschlandweit

stiegen die Umsätze mit +45,6% mehr als doppelt so stark.

Die **Beschäftigung** im Gastgewerbe ist nach zwei Jahren erstmals wieder gestiegen. Sie legte um +6,4% gegenüber 2021 zu. Bundesweit war die Beschäftigungsentwicklung mit +11,8% deutlich dynamischer als im Land Brandenburg. Trotz der spürbaren Zuwächse im Jahr 2022 liegen die Beschäftigtenzahlen im Gastgewerbe noch immer unter dem Vorkrisenniveau.

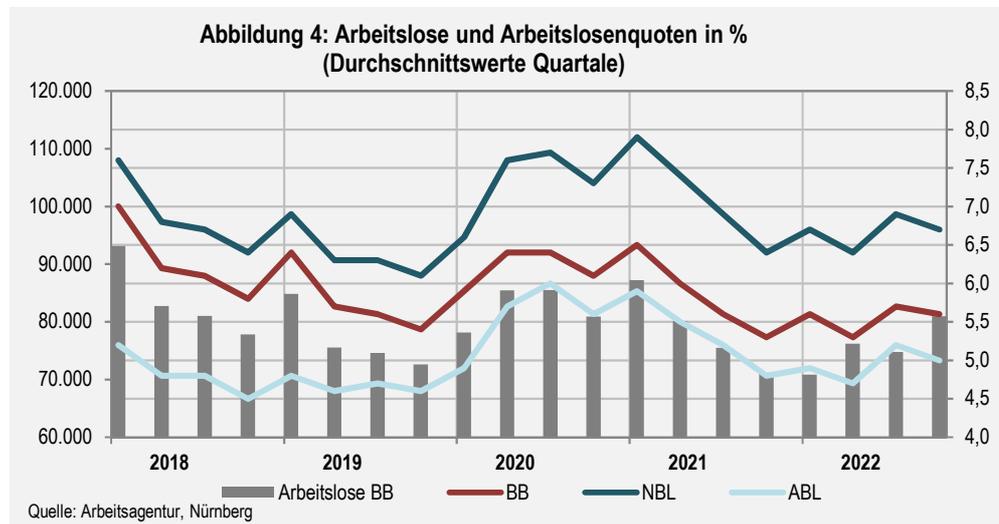
ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG

Auf dem brandenburgischen Arbeitsmarkt hat sich 2022 die positive Entwicklung aus dem Vorjahr weiter fortgesetzt. Durchschnittlich waren 74.242 Personen arbeitslos. Absolut waren das 4.221 Personen weniger als im Vorjahr (-5,4%) - trotz der Flüchtlingsmigration aus der Ukraine, die die **Arbeitslosenzahlen** erhöhte. Die jahresdurchschnittliche **Arbeitslosenquote** lag im Jahr 2022 bei 5,6% und damit um 0,3 Prozentpunkte unter der Quote des Vorjahres sowie 0,2 Prozentpunkte unter der Quote von 2019. Der Abstand der brandenburgischen zur bundesweiten Arbeitslosenquote hat sich damit auf 0,3 Prozentpunkte verringert.

Die **Erwerbstätigkeit** in Brandenburg ist im Jahr 2022 um +1,0% auf 1,144 Mio. Personen gestiegen. Dies ist der höchste Wert seit der Deutschen Einheit. Bundesweit legte die Zahl der Erwerbstätigen mit +1,3% leicht stärker zu.

Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** hat sich von 2021 auf 2022 um 7.099 bzw. +1,7% auf jahresdurchschnittlich 883.900 Personen erhöht.

Im Land Brandenburg lagen die **Reallöhne** 2022 im Durchschnitt um -2,7% unter dem Vorjahr. Zwar stiegen die Nominallohne im Gesamtjahr um +4,3%, jedoch betrug die Teuerung in diesem Zeitraum +7,1%. Damit wurde die positive Lohnentwicklung von der Inflation aufgezehrt. Gleiches gilt bundesweit, wo die Reallöhne um -3,1% sanken.



AUSSENHANDEL

Im Jahr 2022 wurden Waren und Dienstleistungen im Wert von 17,7 Mrd. Euro aus Brandenburg exportiert. Das waren +30,7% mehr **Exporte** als im Vorjahr und fast ein Drittel mehr als im Vorkrisenjahr 2019. Deutschlandweit stiegen die Ausfuhren gegenüber 2021 lediglich um +14,3%. Demnach konnten die Unternehmen, trotz noch immer bestehender Lieferengpässe und zunehmender Wettbewerbsprobleme aufgrund steigender Energiekosten, ihre Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen steigern.

Polen bleibt unangefochten der wichtigste Handelspartner Brandenburgs. Auf Platz 2 liegen weiterhin die Vereinigten Staaten, darauf folgt Tschechien. Die wichtigsten Exportgüter aus Brandenburg waren im Jahr 2022 Mineralölzeugnisse (2,3 Mrd. Euro, +141,8% ggü. Vorjahr), Blech aus Eisen oder Stahl (1,4 Mrd. Euro, +25,3%), Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge (1,0 Mrd. Euro, +43,6%), Pharma-Produkte (0,9 Mrd. Euro, +46,0%) sowie Waren aus Papier und Pappe (0,8 Mrd. Euro, +25,5%).

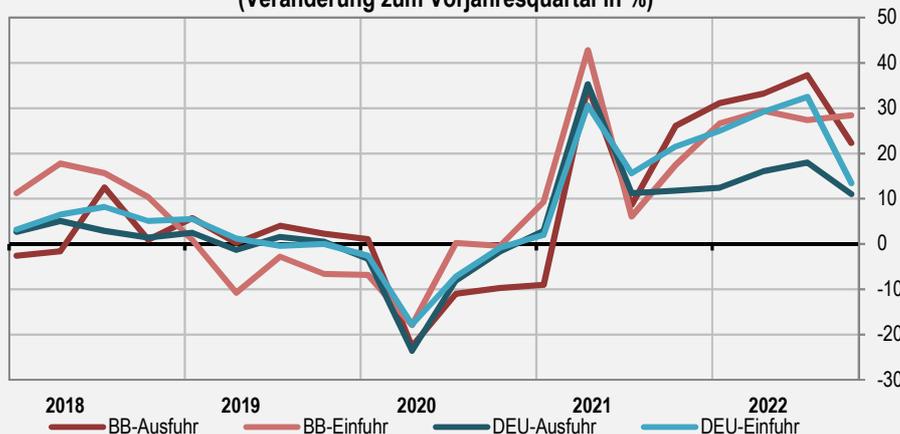
Die **Importe** erhöhten sich im Jahr 2022 um +27,9% auf einen Wert von 26,4 Mrd. Euro. Deutschlandweit legten die Importe gegenüber dem Jahr 2021 um knapp ein Viertel zu. Mit dem Stopp der Erdölimporte über die Druschba-Pipeline zum Jahresende 2022 sind die Importe aus Russland auf nahezu Null gesunken. Die wichtigsten Importländer 2022 waren – trotz des Rückganges - Russland, Polen und China. Die wichtigsten Importe nach Brandenburg waren nach wie vor Energieprodukte. Neben Energieimporten wurden Pkw und Wohnmobile, Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Luftfahrzeuge sowie elektrotechnische Erzeugnisse eingeführt.

GEWERBEAN- UND -ABMELDUNGEN/ INSOLVENZEN

Die **Gewerbeanmeldungen** waren im Jahr 2022 um -0,8% rückläufig und fielen auf 18.100. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau 2019 wurden +3,7% mehr Anmeldungen verzeichnet. Über drei Viertel der Anmeldungen waren Neugründungen (insgesamt 13.870 Betriebe). Der Anteil der von Frauen angemeldeten Einzelunternehmen lag 2022 bei 37,8%. Die **Gewerbeabmeldungen** sind 2022 um +2,0% gestiegen (16.132 Abmeldungen). Die Frauenquote bei den Abmeldungen lag bei 34,2%.

Erstmals seit 2016 hat sich die Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** im Land Brandenburg wieder erhöht. Die beantragten Insolvenzverfahren nahmen 2022 um +44,5% auf 357 beantragte Insolvenzverfahren zu. Dies war der höchste Anstieg der Insolvenzen seit Beginn der 1990er Jahre. Trotz dieses Anstiegs waren es -6,5% weniger Verfahren als vor der Corona-Krise. Bundesweit nahmen die Unternehmensinsolvenzen lediglich um +4,3% ggü. dem Vorjahr zu. Gründe für den spürbaren Anstieg der Insolvenzen dürften u. a. Nachholeffekte nach dem Wegfall der partiellen Aussetzung der Insolvenzantragspflicht 2020/2021 und die schwache Konjunktur sein.

Abbildung 5: Außenhandel im Land Brandenburg und Deutschland (Veränderung zum Vorjahresquartal in %)



Quelle: Statistisches Bundesamt

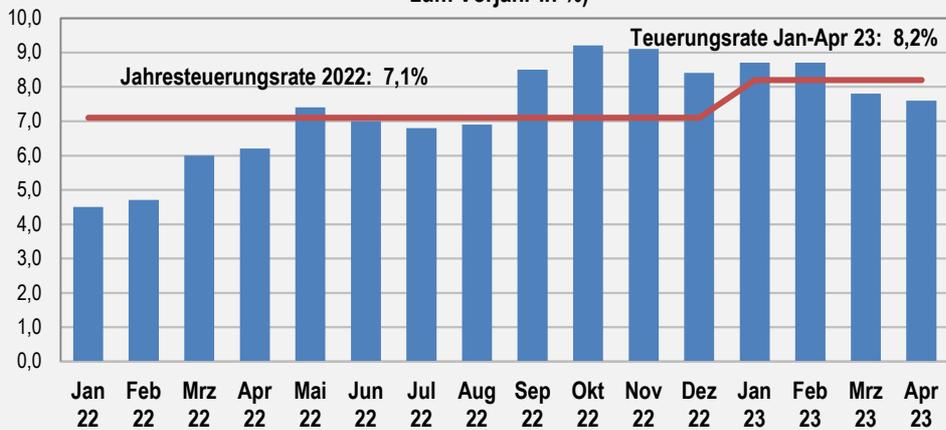
PREISE

Die Teuerung hat im Jahr 2022 erheblich zugenommen. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um +7,1% (Basis = 2020) gegenüber dem Vorjahr. Damit hat sich die Inflationsrate im Vergleich zu 2021 mehr als verdoppelt. Bundesweit nahmen die Verbraucherpreise um +6,9% zu.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind insbesondere die Preise für Energie und Nahrungsmittel erheblich angestiegen. Im Verlauf des Jahres 2022 hat die Bundesregierung mehrere Entlastungspakete in Kraft gesetzt, die die Haushalte und Unternehmen angesichts der Preisanstiege unterstützen sollen.

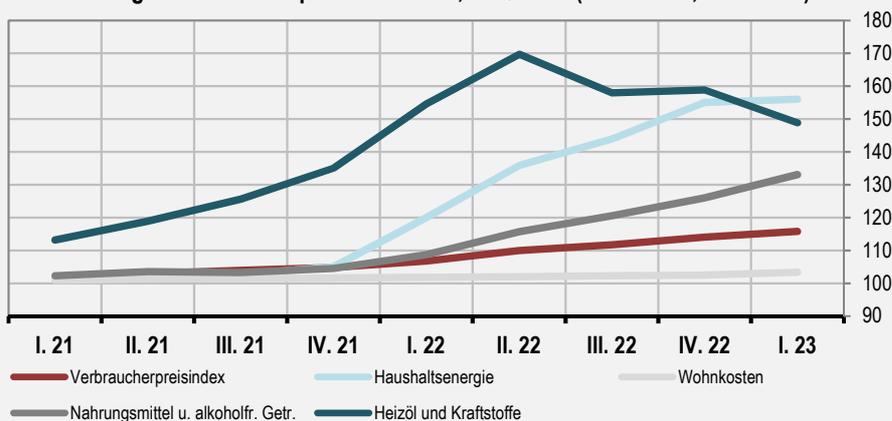
Zu Beginn des Jahres 2023 hat sich die Teuerung insbesondere aufgrund sinkender Energiepreise etwas abgeschwächt. Die Preise für Nahrungsmittel entwickeln sich weiterhin sehr dynamisch. Die Kerninflationsrate (Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) blieb daher im März 2023 auf einem extrem hohen Wert von 6,2%.

Abbildung 6: Verbraucherpreisindex Brandenburg 2022/2023 (Veränderung zum Vorjahr in %)



Quelle: AFS Berlin-Brandenburg

Abbildung 7: Verbraucherpreise 2021/2022, 1. Q. 2023 (Indexwerte, 2020=100)



Quelle: AFS Berlin-Brandenburg

3. Strategien

3.1 DIGITALISIERUNG

3.1.1 FORTSCHREIBUNG DES STRATEGISCHEN HANDLUNGSRAHMENS ZUR DIGITALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Das Ministerium für Wirtschaft hatte bereits Ende 2018 einen strategischen Handlungsrahmen für die Digitalisierung in der Wirtschaft vorgelegt, der angesichts der dynamischen Entwicklung dieses Themenfeldes in den Jahren 2021-2022 evaluiert und fortgeschrieben wurde.

In der Fortschreibung spiegeln sich die Ergebnisse der Evaluation wider, die auf der Basis von Gesprächen und Workshops mit den Fachreferaten des MWAE, der WFBB sowie unterschiedlichen Fachexpertinnen und -experten bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet wurde. Es zeigte sich, dass mit dem strategischen Handlungsrahmen bereits eine gute Grundlage für die Unterstützung der brandenburgischen Unternehmen bei der Gestaltung der digitalen Transformation gelegt wurde und es keine gravierenden Leerstellen im bestehenden Instrumentarium gibt. In der Ausgestaltung der Förderangebote wurden Optimierungspotenziale identifiziert, die in die Fortschreibung eingeflossen sind.

Folgende Handlungsfelder stehen im fortgeschriebenen strategischen Handlungsrahmen im Fokus:

- Ausbau der digitalen Infrastruktur;
- Weiterentwicklung des Förderinstrumentariums;
- Digitale Zukunftsfelder in den Clustern;
- KI, IT-Sicherheit und 5G als digitale Zukunftstechnologien;
- Digitalisierung der Arbeitswelt gestalten;
- Vorhandene Ansätze bündeln – Ökosystem ausbauen und vernetzen;
- Vernetzung und Kommunikation fördern;
- Binnendigitalisierung vorantreiben.

Die Ergebnisse und Maßnahmen aus dem Handlungsrahmen sind in das „Digitalprogramm 2025“ der Landesregierung eingeflossen und werden regelmäßig evaluiert (https://digitalessbb.de/wp-content/uploads/2022/07/Digitalprogramm_BB_2025_Online_final.pdf).

3.1.2 STRATEGIE ZUM EINSATZ KÜNSTLICHER INTELLIGENZ IN DER BRANDENBURGISCHEN WIRTSCHAFT

Die Landesregierung hat für das Zukunftsthema Künstliche Intelligenz (KI) einen strategischen Rahmen geschaffen, um die Chancen und Möglichkeiten der Anwendung von

Künstlicher Intelligenz für alle Bereiche zu erkennen und umzusetzen.

Für viele brandenburgische Unternehmen bietet der Einsatz von KI zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere bei der Optimierung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen oder der Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Die Wirtschaftsstruktur des Landes Brandenburg ist vor allem durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geprägt, denen für die Bewältigung der Herausforderungen bzw. für die Wahrnehmung der Chancen der KI oftmals die notwendigen zeitlichen, personellen und investiven Ressourcen fehlen. Weitere Hemmnisse bestehen in der mangelnden Kenntnis der technischen Möglichkeiten der KI und der Schwierigkeit, die Risiken und den Nutzen von KI für das eigene Unternehmen abzuschätzen.

Vor diesem Hintergrund sind koordinierte und gemeinschaftliche Anstrengungen unter Nutzung aller im Lande zur Verfügung stehenden Ressourcen notwendig, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Unternehmen ermöglichen, den Veränderungsprozessen zu begegnen und die Potentiale der KI erfolgreich zu nutzen. Hierbei sind Synergieeffekte hinsichtlich der Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels und der Sicherung von Fach- und Arbeitskräften zu realisieren.

Die enorme Dynamik der KI und die mit ihr einhergehenden, durchgreifenden Veränderungen machen es erforderlich, Maßnahmen und Handlungsansätze zu erarbeiten, kontinuierlich zu überprüfen, bei Bedarf anzupassen und weiter zu entwickeln. Nicht zuletzt ergeben sich zudem aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie neue Impulse und Erfordernisse zum Einsatz der KI, z.B. im Gesundheitssektor.

Das MWAE hat bereits im Februar 2022 die „Strategie zum Einsatz der KI-Technologie in den brandenburgischen Unternehmen“ (<https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/KI-Strategie-Wirtschaft-Brandenburg.pdf>) veröffentlicht, mit der die Voraussetzungen für eine schnellere Implementierung von KI vor allem bei kleinen Unternehmen in Brandenburg geschaffen werden sollen. Dazu erfolgte eine Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT-Analyse), wurden Akteure identifiziert und Handlungsempfehlungen gegeben. In der KI-Strategie werden Handlungsfelder aufgezeigt, in denen Maßnahmen zur Unterstützung eines effizienteren Einsatzes von KI in der Brandenburgischen Wirtschaft umgesetzt werden sollen. Herausforderungen bei der Umsetzung der KI-Strategie sind die Inflation, die Energiefragen, der Ukraine- Krieg und die Verfügbarkeit funktionierender KI-Massentechnologie wie Chatbots, die zu Anpassungen der SWOT-Analyse und der Handlungsempfehlungen führen müssen.

Als erste Umsetzungsmaßnahme wurde das Unternehmensnetzwerk Net4AI (<https://net4ai.de/>) an der TH Wildau gegründet, das sich zu einer festen Institution in der brandenburgischen Innovationslandschaft entwickelt hat. Mit der „Zentralen Anlaufstelle für Künstliche Intelligenz (ZAKI)“ bei der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB) wurde Anfang Mai 2023 eine weitere Umsetzungsmaßnahme realisiert.

Grundlagen für eine bedarfsgerechte, unternehmensnahe Nutzung von KI sind umfangreiches Wissen um dieses Potential sowie qualifizierte Umsetzungspartner und Mitarbeiter. Mit der ZAKI gibt das MWAE Unternehmen praktische Unterstützung zum Einsatz der KI-Technologie. So können brandenburgische Unternehmen Methoden der Künstlichen Intelligenz auch in ihren Unternehmen schneller planen und einsetzen.

Aktuell werden weitere Leuchtturmprojekte zur Umsetzung der KI-Strategie identifiziert, qualifiziert und ggf. Förderinstrumente gesucht, um diese Projekte umzusetzen. Dabei stehen die Förderinstrumente des Landes, des Bundes und der EU im Fokus. Weiterhin geht es um die Vernetzung der Akteure. Erste Projekte sind in der Beantragung.

3.1.3 MITWIRKUNG DES MWAE AN DER ERARBEITUNG DER KI-STRATEGIE DES LANDES

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK) hat Ende März 2022 unter Beteiligung aller Ressorts eine Interministerielle Arbeitsgruppe Künstliche Intelligenz (IMAG KI) eingerichtet, um eine KI-Strategie des Landes zu erarbeiten. Diese baut auf der KI-Strategie des MWAE auf, ergänzt sie aber um ein übergreifendes Zukunftsbild: Künstliche Intelligenz für die Gesellschaft, die wirtschaftliche Wertschöpfung und die digitale Souveränität. Das MWAE arbeitet aktiv an der Strategieentwicklung mit. In einem Eckpunktepapier ist eine Stärken-Schwächen-Analyse (SWOT-Analyse) von KI in Brandenburg erfolgt. Zum einen sollen die KI-bezogenen Strukturen und Aktivitäten im Land noch stärker zu zentralen Querschnittsthemen vernetzt und sichtbar gemacht werden. Zum anderen sollen brandenburgische Alleinstellungsmerkmale im Fokus stehen, bei denen der Einsatz von KI besonders ausgeprägtes Innovations- und Problemlösungspotenzial aufweist, und Leuchttürme geschaffen bzw. ausgebaut werden. Das Eckpunktepapier adressiert die Querschnittsfelder der KI in allen Anwendungsbereichen: KI-Forschung, Transfer und Ausgründungen, KI-Daten- und Recheninfrastrukturen sowie Stärkung KI-Kompetenzen. Weiterhin nennt das Eckpunktepapier die Schwerpunktfelder Wirtschaft und Arbeit, Klima-Umwelt-Landwirtschaft, Gesundheit und Pflege, Energie, Verkehr und Logistik und Verwaltung.

Die Landesstrategie soll bis Anfang 2024 erarbeitet und verabschiedet werden.

3.1.4 5G-STRATEGIE DES LANDES BRANDENBURG

In Umsetzung des Koalitionsvertrages hat das MWAE den Entwurf einer 5G-Strategie erstellen lassen, der aktuell in der fachlichen Abstimmung in der Landesregierung und bei wichtigen Stakeholdern im Land Brandenburg ist. Im Erstellungsprozess wurde breit zu Workshops eingeladen und mit den Akteuren die Schwerpunkte der Strategie diskutiert. Die Strategie soll im 2. Quartal 2023 veröffentlicht werden.

Leistungsfähige Telekommunikationsinfrastrukturen sind eine wesentliche Voraussetzung der Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft. Sie erlauben eine Steigerung der Produktivität und die Umsetzung völlig neuer Prozesse in der Wirtschaft, der Forschung, der Verwaltung und beim Bürger. Sie bieten bei der Übertragung von Daten mehr Sicherheit und stärken die digitale Souveränität.

Modernste Telekommunikationstechnologien und -infrastrukturen, zu denen heute flächendeckend verfügbare Glasfasernetze und die 5. Mobilfunkgeneration (5G) gehören, generieren einen hohen gesamtwirtschaftlichen Nutzen. Deshalb gibt es neben der Forschungsförderung eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen auf unterschiedlichsten Ebenen, um den Aus- und Aufbau von Zukunftstechnologien und deren Nutzung voranzutreiben.

Die Voraussetzungen für die Nutzung von 5G in Brandenburg sind aufgrund der Kleinteiligkeit der Wirtschaft sehr unterschiedlich. Dagegen verfügt Brandenburg über eine starke Hochschullandschaft, was für die Erprobung neuer Netzwerktechnologien sehr vorteilhaft ist.

Eine SWOT-Analyse zeigt, dass die Wirtschaftsstruktur in Brandenburg und hier vornehmlich die meist geringe Größe der Unternehmen eine wesentliche Herausforderung bei der Digitalisierung ist. Vor allem kleine Unternehmen zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Regel keine eigenen F&E-Kapazitäten und keine eigene IT-Infrastruktur haben, auf die bei der Realisierung von 5G bzw. bei der Digitalisierung von Geschäftsprozessen zurückgegriffen werden kann. Da 5G als ein Treiber der Digitalisierung gilt, sind die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen von zentraler Bedeutung. Zusätzlich müssen den KMU starke Partner aus Wissenschaft und Praxis zur Seite stehen.

Damit 5G tatsächlich ein Treiber der digitalen Transformation sein kann, sind besonders die Faktoren von hohem Interesse, die einen großen Einfluss auf die Nutzung von 5G haben. Dazu gehören die Entwicklung von vertikalen Märkten und Industrien, die Forschungs- und Innovationsförde-

rung und die politische Unterstützung bei der Errichtung relevanter Infrastrukturen. Umfragen und Gespräche mit brandenburgischen Unternehmen bestätigen, dass eine der größten Herausforderungen darin liegt, dass die wirtschaftlichen Vorteile von 5G zum aktuellen Zeitpunkt nicht hinreichend transparent und quantifizierbar sind. Es gibt noch erhebliche Wissenslücken bezüglich der mit 5G möglichen Mehrwerte.

Die Zurückhaltung bei 5G gilt insbesondere für KMU, obwohl deren Digitalisierungsanstrengungen häufig auf Anwendungen aus den Bereichen Internet of Things (IoT), Sensoring, Edge Cloud, Robotik, Augmented Reality oder Virtual Reality hinauslaufen, die sämtlich von 5G in besonderer Weise unterstützt werden.

Aktuell werden weitere Leuchtturmprojekte zur Umsetzung der 5G Strategie identifiziert, qualifiziert und ggf. Förderinstrumente gesucht, um diese Projekte umzusetzen. Dabei stehen Förderinstrumente des Landes, des Bundes und der EU zur Verfügung. Die Akteure werden vernetzt. Dazu wird bereits seit drei Jahren ein jährlicher 5G-Tag bei der WFBB durchgeführt. Erste Projekte sind in der Beantragung und positiv evaluiert.

3.2 FACHKRÄFTESICHERUNG UND -ENTWICKLUNG, BEKÄMPFUNG DER SCHWARZARBEIT

3.2.1 FACH- UND ARBEITSKRÄFTESTRATEGIE

Bereits im Jahr 2012 hat das Land Brandenburg unter der Überschrift „Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen“ eine erste Fachkräftestrategie vorgelegt. Zu dieser Zeit ging es darum, die Wirtschaft, aber auch die Öffentlichkeit für das Thema Fachkräftesicherung zu sensibilisieren. Dieses Ziel ist im Grunde erreicht, denn über die Fachkräftesituation wird nicht mehr nur in Expertenkreisen debattiert, sondern inzwischen fast täglich in den Medien berichtet.

Im Frühjahr 2022 wurde die Fachkräftestrategie des Landes unter Berücksichtigung der vielen Veränderungsprozesse in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft grundlegend neu gefasst und am 08. März 2022 vom Kabinett beschlossen.³ Mit der neu gefassten Strategie nimmt das Land nicht nur Fachkräfte, sondern auch Arbeitskräfte in den Blick. Dabei handelt es sich um Menschen ohne berufliche Qualifikation, die zumeist in Helferberufen tätig sind. Dieser erweiterte Ansatz spiegelt sich

auch im Titel wider, der seit dem Jahr 2022 „Fach- und Arbeitskräftestrategie“ lautet.

Um welche Veränderungsprozesse geht es konkret? Im Vergleich mit westdeutschen Bundesländern vollzieht sich die demografische Entwicklung in Brandenburg, trotz einer im Vergleich zu den 1990er Jahren deutlich geringeren Abwanderung von Arbeitskräften, schneller. Darüber hinaus haben sich die technologischen Veränderungen durch die Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien beschleunigt und erfassen im Grunde sämtliche Wirtschaftsbereiche. Im Zuge einer nachhaltigen, klimaschonenden Wirtschaftsweise werden zukünftig Qualifikationen benötigt, mit denen die Entwicklung und Etablierung von klimaschonenden, umwelt- und sozialverträglichen Produkten und Prozessen gelingen kann und die nicht zuletzt dazu beitragen, die Zukunftsfähigkeit der brandenburgischen Wirtschaft zu sichern. Daraus erwachsen neue Herausforderungen und Aufgaben für Bildung, Ausbildung und das lebenslange Lernen. Berufsbilder und Anforderungsprofile verändern sich ebenso wie die Anforderungen an Qualifikationen und Kompetenzen. In den nächsten Jahren wird zudem der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung für die Lausitz und darüber hinaus Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, beim Angebot an Arbeitskräften und den qualifikatorischen Anforderungen bedeuten, deren Auswirkungen aktuell noch nicht vollständig abschätzbar sind.

Die Verankerung des Themas Fachkräftesicherung in vielen weiteren maßgeblichen Landesstrategien macht den hohen Stellenwert der Fachkräftethematik deutlich. Zu diesen Landesstrategien gehören die Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg innoBB 2025 und die Regionale Innovationsstrategie innoBB 2025plus, die Digitalisierungsstrategie, die Internationalisierungsstrategie, die Industriestrategie Brandenburg, die Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie, die Außenwirtschaftsoffensive, die Nachhaltigkeitsstrategie, die Nachbarschaftsstrategie Brandenburg-Polen und die Energiestrategie 2040.

Die Strategie gliedert sich in die strategischen Handlungsfelder „Fach- und Arbeitskräfte bilden“, „Fach- und Arbeitskräfte halten“ sowie „Fach- und Arbeitskräfte gewinnen“. Diese Handlungsfelder werden durch insgesamt sieben Handlungsschwerpunkte untersetzt, denen wiederum entsprechende Maßnahmen zugeordnet sind.

Zu den Handlungsfeldern und -schwerpunkten im Einzelnen:

³ Die Langfassung ist auf der Homepage des MWAE verfügbar unter: https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Fach_und_Arbeitskr%C3%A4ftestrategie_Bbg_Langfassung_2022_03_11.pdf.

STRATEGISCHES HANDLUNGSFELD I: FACH- UND ARBEITSKRÄFTE BILDEN

1. Handlungsschwerpunkt: Den Übergang aus der Schule in den Beruf gestalten: Berufliche Orientierung

Jeder Jugendliche soll einen berufsqualifizierenden Abschluss erreichen und den Übergang von der Schule in eine duale bzw. akademische Ausbildung erfolgreich meistern. Grundlage hierfür bildet das Konzept der Landesregierung zum Übergang Schule – Beruf (https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parlamentsdokumentation/w6/drs/ab_2700/2711.pdf). Ziel des Konzepts ist die Bündelung und Systematisierung von Aktivitäten am Übergang Schule-Beruf entlang der vier Handlungsfelder

- Verantwortungsstrukturen im Übergang Schule – Beruf etablieren,
- Berufliche Orientierung fördern,
- Angebote für Jugendliche mit Startschwierigkeiten und
- Wege nach dem Schulabschluss aufzeigen.

Diese vier Handlungsfelder und die einzelnen Maßnahmen sollen eng miteinander verzahnt werden. Darüber hinaus soll die Studierendengewinnung vorangetrieben und eine bessere Studienorientierung ermöglicht werden.

Zur Umsetzung dieses Handlungsschwerpunktes sollen z. B. die Jugendberufsagenturen ausgebaut werden. Diese bieten allen Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf gebündelt die Dienstleistungen der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter, der Kommunen und der Schulen an (siehe auch: <https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-bb/jugendberufsagenturen>).

2. Handlungsschwerpunkt: Mit attraktiver Ausbildung die Fachkräfte von morgen bilden

Die duale Ausbildung und die Ausbildung in sozialen und pflegerischen Berufen sowie Gesundheitsberufen sind attraktiv. Sie ermöglichen Lernen in der Praxis und eröffnen Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb sollen Chancen und Perspektiven gegenüber Jugendlichen (auch Studienabbrecherinnen und Studienabbrechern sowie anderen potenziell Ausbildungsinteressierten) bekannt gemacht werden. Unternehmen sollen für die attraktive Gestaltung von Ausbildung und Karrierewegen im Unternehmen sensibilisiert und über Unterstützungsangebote informiert werden. Mit begleitenden Maßnahmen und Strukturen soll die Aufnahme einer Ausbildung und deren erfolgreicher Verlauf unterstützt werden.

Zur Umsetzung dieses Handlungsschwerpunktes fördert u. a. das Land Brandenburg aus Mitteln des ESF+ die Ausbildung im Verbund und bietet der Wirtschaft damit vor allem starke Partner, um die erforderlichen Ausbildungsinhalte umfangreich zu vermitteln sowie bei der Ausbildung zu entlasten. Die Förderung von Ausbildungsabschnitten, Zusatzqualifikationen und Prüfungsvorbereitung beinhaltet dabei auch die Vermittlung digitaler Kompetenzen (<https://www.ilb.de/de/arbeit/uebersicht-der-foerderprogramme/qualifizierte-ausbildung-im-verbundsystem-pav-2022/>)

3. Handlungsschwerpunkt: Berufliche Weiterbildung als Schlüssel für Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und individuellen Aufstieg

Die digitale und die demografische Transformation, internationale bzw. globalisierte Vernetzungsprozesse und Arbeitsformen sowie der Umbau zu einer nachhaltigen und energieschonenden Wirtschaft verändern Berufsprofile und Qualifikationsanforderungen. Mehr denn je ist es deshalb wichtig, dass sich die Bildungsangebote an den konkreten betrieblichen Bedarfen ausrichten und die zeitlichen und personellen Ressourcen in den kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigen. Die Beschäftigten und die Betriebe stehen vor der Aufgabe, sich mittels innovativer Lernformen in immer kürzeren Abständen neues Wissen anzueignen. Berufliche Weiterbildung sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Dazu bedarf es u. a. eines qualitativen und quantitativen Ausbaus flexibler und bedarfsge rechter Möglichkeiten zur Qualifizierung und Kompetenzentwicklung. Hierzu gehört auch die wissenschaftliche Weiterbildung an Hochschulen.

Zur Umsetzung dieses Handlungsschwerpunktes bietet das Land z. B. die Förderung von betrieblicher und individueller Weiterbildung aus der ESF+ Weiterbildungsrichtlinie an (<https://www.ilb.de/de/arbeit/uebersicht-der-foerderprogramme/weiterbildungsrichtlinie-2022/>).

STRATEGISCHES HANDLUNGSFELD II: FACH- UND ARBEITSKRÄFTE HALTEN

Handlungsschwerpunkt: Gute Arbeit in Zeiten des Wandels

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt während der Coronapandemie haben gezeigt, wie wichtig es ist, sich gerade in Zeiten von Krisen und Veränderungen für die eigenen Beschäftigten zu engagieren, um diese und damit ihr Wissen und Können nicht an andere Unternehmen oder Branchen zu verlieren. Gute Arbeit ist das Leitmotiv der Arbeitspolitik des Landes und das zentrale Steuerungselement zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Gute Arbeit meint nicht nur eine attraktive Bezahlung, sondern z. B. auch Möglichkei-

ten der Mitbestimmung, der Weiterbildung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie gesunde und sichere Arbeitsbedingungen.

Zur Umsetzung dieses Handlungsschwerpunktes führt das MWAE einen regelmäßigen Austausch mit den Gewerkschaften und Unternehmensverbänden („Brandenburger Sozialpartnerdialog“) durch und veranstaltet gemeinsam mit dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg unter Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg jährlich die „Brandenburger Betriebsrätekonferenz“. Nicht zuletzt ist das MWAE federführend für das „Brandenburger Bündnis für Gute Arbeit“. Als das zentrale arbeitspolitische Gremium des Landes soll das Bündnis das Leitbild Guter Arbeit weiterverbreiten und zur Richtschnur des gemeinsamen Handelns der Arbeitsmarktakteure machen.

STRATEGISCHES HANDLUNGSFELD III: FACH- UND ARBEITSKRÄFTE GEWINNEN

1. Handlungsschwerpunkt: Potenziale Arbeits- und Langzeitarbeitsloser nutzen

Unter den Bedingungen sich zuspitzender Fach- und Arbeitskräfteengpässe darf auf das Potenzial von Arbeitslosen und insbesondere Langzeitarbeitslosen, vor allem in Familien und junge Menschen, nicht verzichtet werden. Daher ist der Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit ein Schwerpunkt der brandenburgischen Arbeitspolitik. Damit wird zugleich die soziale Funktion von Arbeit als Form von gesellschaftlicher Teilhabe unterstützt.

Zur Umsetzung dieses Handlungsschwerpunktes fördert u. a. das Land mit dem ESF+ Programm „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften“ landesweit Projekte, die mit Hilfe eines ganzheitlichen und individualisierten Förderansatzes die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden erhöhen, sie nachhaltig in Arbeit integrieren sowie ihre soziale Situation verbessern. Hierbei werden auch die Kinder der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Familien als Fachkräfte von morgen mit in den Blick genommen (<https://www.ilb.de/de/arbeit/uebersicht-der-foerderprogramme/integrationsbegleitung-fuer-langzeitarbeitslose-und-familienbedarfsgemeinschaften-2022/>).

2. Handlungsschwerpunkt: Mit neuer Pflegeausbildung Fach- und Arbeitskräfte für die Pflege gewinnen

Wegen der hohen Arbeitsmarktrelevanz der Pflegeberufe sowie der gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung einer gut funktionierenden Pflege soll es im Hinblick auf die zu erwartende Bedarfsentwicklung zukünftig noch besser als bisher gelingen, Beschäftigte für eine Tätigkeit in der Pflege zu gewinnen. Hierbei kommt der neu-

geordneten Pflegeausbildung sowie einer deutlich umfangreicheren Integration ausländischer Fachkräfte in der Pflege eine wesentliche Rolle zu. Darüber hinaus sollen die Prozesse in der Pflege weiter optimiert, eine guter Qualifikationsmix in den Einrichtungen befördert und dadurch zumindest in Teilen zukünftige Personalbedarfe kompensiert werden. Zudem sollen die Pflegebetriebe darin unterstützt werden, die Möglichkeiten einer gezielten Digitalisierung noch effektiver als bisher für sich zu nutzen.

Zur Umsetzung dieses Handlungsschwerpunktes werden u. a. die Pflegeausbildungen attraktiver gestaltet: Nach der bereits erfolgten Novellierung der Pflegefachausbildung nach dem Pflegeberufegesetz werden auch die bisherigen Pflegehilfeausbildungen zu einer Pflegefachassistentenausbildung weiterentwickelt und generalistisch ausgerichtet.

3. Handlungsschwerpunkt: Potenziale ausländischer Fach- und Arbeitskräfte für den Brandenburger Arbeitsmarkt erschließen

Zugewanderte Menschen können einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Bedarfs an Fach- und Arbeitskräften in Brandenburg und zur Internationalisierung der brandenburgischen Wirtschaft leisten. Die gestiegene Anzahl ausländischer Fach- und Arbeitskräfte in den brandenburgischen Unternehmen zeigt deren Bedeutung schon heute. Brandenburgische Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, die Möglichkeiten, die das Fachkräfteeinwanderungsgesetz für die gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte bietet, stärker zu nutzen. In Brandenburg beraten hierzu insbesondere der International Talent Service der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB), die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV/BA), die Ausländerbehörde Dahme-Spreewald (ABH LDS) und die IQ Servicestellen Fachkräfteeinwanderung NordWest und SüdOst. Deutsche Auslandshandelskammern, das Projekt „ProRecognition“, die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und das Goethe-Institut sind zudem starke Partner im Ausland.

Daneben sind auch die Unternehmen selbst aufgefordert, mit attraktiven Arbeitsbedingungen für eine Beschäftigung in Brandenburg zu werben und das Ankommen und Bleiben in Brandenburg durch integrative Maßnahmen in Betrieb und Umfeld zu unterstützen („Willkommenskultur“).

Zur Umsetzung dieses Handlungsschwerpunktes ist u. a. eine strategische Anwerbeoffensive des Landes geplant (s. Abschnitt 3.2.2).

3.2.2 STRATEGISCHE ANWERBEOFFENSIVE

Die Strategische Anwerbeoffensive steht in engem Zusammenhang mit der Fach- und Arbeitskräftestrategie. Auch wenn in Brandenburg noch kein genereller Fachkräftemangel zu konstatieren ist, verschärften sich die Engpasslagen zwischen 2017 und 2023 weiter. Die Ursache dafür ist vor allem das altersbedingte Ausscheiden einer großen Gruppe von Beschäftigten, der weniger Menschen gegenüberstehen, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Engpässe entstehen ferner durch zusätzliche Arbeitskräftebedarfe in einigen Berufsfeldern.

In der Region Berlin-Brandenburg gelten die Pflegeberufe, Berufe im Tiefbau, in der Medizin-, Orthopädie- und Reha-technik, in der Klempnerei, bei Heizung, Sanitär und Klimatechnik, in der Steuerberatung und in der Landwirtschaft sowie in der Unternehmensorganisation als Berufe, in denen deutliche Fachkräfteengpässe bestehen (sog. „Engpassberufe“)⁴. Diese betreffen einzelne Regionen und Branchen in unterschiedlichem Ausmaß.

Auf Basis des Koalitionsvertrages und des Landtagsbeschlusses „Ausländische Fachkräfte – eine Win-Win-Situation für Brandenburg“ (LT-Drs. 7/3547-B) wird das Land Brandenburg eine strategische Anwerbeoffensive starten, um die Fachkräfteeinwanderung zu erhöhen.

Die brandenburgische Wirtschaft prosperiert. Neuansiedlungen, etwa von Tesla in Grünheide oder Erweiterungen wie bei BASF in Schwarzeide benötigen weitere Fachkräfte, vor allem im gewerblichen Bereich. Insgesamt dominieren industrielle Ansiedlungen das Ansiedlungsgeschehen und die Arbeitskräftenachfrage in Brandenburg. Insofern erscheint eine Fokussierung der Anwerbestrategie auf diesen Bereich gerechtfertigt. Als Pilotvorhaben würden sich insbesondere Ansiedlungsvorhaben eignen, da zwischen Ansiedlungsentscheidung und Betriebsstart ein hinreichender zeitlicher Vorlauf für Anwerbung und Vorbereitung besteht.

Im medizinischen Bereich (Humanmedizin und Pflegebereich) gibt es in Brandenburg schon erste Anwerbeprojekte wie etwa „Specialized!“ – Vermittlung der Ärztinnen und Ärzte aus Mexiko und Jordanien⁵ und Anwerbung von Pflegefachkräften z. B. auf den Philippinen⁶ oder im Kosovo. Für Lehrkräfte aus Polen bietet das MBS ein erleichterten Zugang zum Schuldienst auch ohne Berufsanerkennung (https://mbjs.brandenburg.de/media/fast/6288/flyer_polen_final_dezember_2018.pdf).

Um die Fachkräftegewinnung und -bindung erfolgreich zu gestalten, ist die Kooperation mit strategischen Partnerinnen und Partnern sehr wichtig. Die wichtigste Kooperation besteht mit der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit (ZAV). Die ZAV ist für die Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland und für die Vermittlung besonderer Berufsgruppen zuständig.

Der International Talent Service der WFBB berät Unternehmen bei der Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten. Dabei verfügt der International Talent Service über das nötige Know-how zu arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Fragen und über die erforderlichen Verfahrensschritte.

Der Welcome-Assistent im Fachkräfteportal Brandenburg der WFBB hilft internationalen Fach- und Arbeitskräften und Unternehmen mit Informationen und Ansprechpersonen bei der Fachkräfteeinwanderung. Dieses Angebot steht in Deutsch und Englisch zur Verfügung.

Für die Unterbringung der internationalen Fachkräfte vor Ort sollen die Landkreise von Anfang an eingebunden werden, um den Wohnraum zur Verfügung zu stellen und auch lokale Initiativen und Integrationsprojekte für die Zusammenarbeit zu gewinnen.

Ob eine Person eine Arbeit aufnimmt und ggf. langfristig in einem Unternehmen bleibt, ist immer eine individuelle Entscheidung und hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Für das Integrationsmanagement stehen in Brandenburg lokale und regionale Integrationsnetzwerke, Integrationsprojekte sowie Migrations- und Integrationsbeauftragte zur Verfügung. Die Kommunen werden auch durch den Beratungs- und Begleitungsservice – so genannte kommunale Welcome Center - für Menschen mit Migrationsgeschichte im Rahmen der Projektförderung der neu aufgelegten Richtlinie ESF Plus „Willkommen in Brandenburg“ (WIB) unterstützt.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein Querschnittsziel. So sollen Chancen, aber auch Herausforderungen der Beschäftigung von internationalen Fachkräften aufgezeigt werden. Die interkulturelle Öffnung und die Willkommenskultur der Unternehmen und der Verwaltung sollen gefördert und anerkannt werden.

⁴ Die Engpassanalysen der Bundesagentur für Arbeit sind einsehbar unter <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Fachkraeftebedarf/Engpassanalyse-Nav.html>

⁵ Vermittlung der Ärzte und Ärztinnen aus Mexiko und Jordanien durch die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV)

⁶ Anwerbung der Pflegefachkräfte durch die Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe (DeFa), durch das ZAV-Programm Triple Win oder landeseigene Projekte (Kosovo).

3.2.3 ARBEIT DER KOORDINIERUNGSSTELLE ZUR BEKÄMPFUNG VON SCHWARZARBEIT UND ILLEGALER BESCHÄFTIGUNG

Auf Basis des brandenburgischen Koalitionsvertrags für die 7. Legislaturperiode (KoaVBB) soll die Kontrolle und Durchsetzung von Arbeits- und Sozialrechten verstärkt werden, wobei hier als Schwerpunkt die Bekämpfung von Schwarzarbeit, Lohndumping, unbezahlten Überstunden und Sozialversicherungsbruch genannt wird. Weiterhin sollen die Kooperationen zwischen den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene vertieft werden.

Vor diesem Hintergrund erfolgte am 1. Dezember 2022 die Einrichtung der Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung im MWAE. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt umfasst die Vertiefung der Kooperation mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls, den Behörden des Landes Berlin, weiteren Behörden von Bund, Land und Kommunen sowie die Lageberichterstattung im Bereich Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung.

Grundlage für die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung ist das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Kernelemente des SchwarzArbG sind

- die Stärkung der Strukturen der Zollverwaltung, um gewerbsmäßige Schwarzarbeit erfolgreich zu bekämpfen,
- die Beseitigung von Regelungslücken und Rechtsunsicherheiten,
- die transparente Bündelung von Rechtsvorschriften zur Schwarzarbeit,
- die Förderung eines neuen Unrechtsbewusstseins in der Bevölkerung, welchen Schaden die Schwarzarbeit dem Gemeinwesen zufügt, sowie
- die Transformation von illegalen hin zu legalen Beschäftigungsverhältnissen durch präventive Maßnahmen zu forcieren.

Die ersten Bemühungen der Koordinierungsstelle richteten sich darauf, die Potenziale der im Land Brandenburg bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung nach dem SchwarzArbG zuständigen Behörden zu evaluieren und im Sinne des Gesetzgebers eine verbesserte Zusammenarbeit dieser Behörden zu organisieren.

In Absprache mit den beteiligten Behörden wird sich die Koordinierungsstelle auch auf die Feststellung eventueller Regelungslücken, -defizite und -unsicherheiten sowie deren möglicherweise notwendiger Beseitigung konzentrieren. Hier stehen ihr zwei Initiativwege zur Verfügung: einerseits über den Bundesrat im Austausch mit den anderen Ländern und andererseits über das für die FKS zuständige Bundesministerium der Finanzen. Weiterhin wird die Koordinierungsstelle an dem für die Bekämpfung von Schwarzarbeit

und illegaler Beschäftigung jährlich tagenden Bund-Länder-Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Evaluierungsrunden teilnehmen.

Durch den gezielten Einsatz von Öffentlichkeitsarbeit soll das Unrechtsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger bezüglich des Schadens der Schwarzarbeit für das Gemeinwesen geschärft werden. Gleichzeitig soll darüber informiert werden, auf welchen Wegen legale Arbeitsleistungen erbracht bzw. nachgefragt werden können. Eine Kontaktaufnahme mit der Koordinierungsstelle des MWAE über das Internet ist bereits möglich (schwarzarbeitbekaempfung@mwae.brandenburg.de). Die Teilnahme an Messen und Ausstellungen soll überdies persönliche Gespräche auch mit Fachpublikum, welches als Multiplikator dienen kann, ermöglichen. Eine nachhaltige Pressearbeit soll diese Aktivitäten sinnvoll ergänzen.

Das Hauptziel des SchwarzArbG, die noch stärkere Einbindung der Zollbehörden in die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit sowie die Stärkung der Strukturen der Zollverwaltung, ist bei allen strategischen Überlegungen im Blick zu behalten. Der Zoll ist zwar allein und eigenverantwortlich für die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zuständig, bei der Ahndung der unerlaubten Handwerks- und Gewerbeausübung gibt es allerdings erhebliche Schnittmengen mit der kommunalen Ebene. Hier wird die Koordinierungsstelle einen engen Kontakt zur FKS halten und pflegen, um möglichst klare Schnittstellen zu organisieren und dadurch Effizienzverluste zu vermeiden.

Bei der Erfassung des Ausmaßes von Schattenwirtschaft (innerhalb derer Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung einen hohen Anteil einnehmen) besteht das größte Problem darin, dass derartige illegale Handlungen nicht mit den herkömmlichen statistischen Methoden erhoben werden können. Dennoch hinterlassen diese Handlungen Spuren unterschiedlicher Art in vielen Bereichen. Insofern sind Indizien erkennbar, an Hand derer sich verschiedene Verfahren zur Schätzung der Schattenwirtschaft entwickeln lassen.

Keines dieser Verfahren liefert jedoch exakte Ergebnisse. Die bislang angewandten Methoden ermitteln das Ausmaß der Schattenwirtschaft im Regelfall aber zumindest näherungsweise mit Schätzwerten.

Die Koordinierungsstelle wird sich bezüglich der möglichst realitätsnahen Abbildung der Schattenwirtschaft zunächst mit den einschlägigen Behörden im Land Brandenburg und im Anschluss daran länderübergreifend sowie auf Bundesebene austauschen. Bei Bedarf ließe sich externer wissenschaftlicher Sachverstand hinzuziehen. Bevorzugtes Ziel sollte dabei ein bundeseinheitliches Verfahren sein, mit dem sich statistische Ergebnisse auf Bundesebene, auf

Länderebene und auf kommunaler Ebene aufbereiten und verwerten lassen.

3.3 WACHSTUM UND INNOVATION

3.3.1 INNOVATIONSTRATEGIE

Nachhaltiges Wachstum beruht u. a. auf technologischem Fortschritt und gerade in Zeiten *exogener Schocks*⁷ auf der Resilienz von Unternehmen und Wirtschaft. – Brandenburg setzt deshalb in der Wirtschaftspolitik einen Schwerpunkt auf Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul).

Für die Wirtschaft des Landes ist es essenziell, dass Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit national sowie international behaupten und in der Lage sind, ihre Marktposition weiter auszubauen. Nicht nur das am Markt vertriebene Produkt oder die Dienstleistung sind hierfür relevant - auch der Produktionsprozess sowie eine diversifizierte und regional verankerte Wertschöpfungskette sind wichtige Wettbewerbsfaktoren. Zur Weiterentwicklung ihrer Produkte/Dienstleistungen sowie betriebsinterner Prozesse investieren Unternehmen dafür regelmäßig in FuEul – teils in Zusammenarbeit mit (Zuliefer-)Unternehmen und/oder Forschungseinrichtungen.

Dabei unterstützt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie unter Berücksichtigung der brandenburgischen Wirtschaftsstruktur, die besonders durch kleine und mittelständische Betriebe geprägt ist, die Unternehmen im Land durch gezielte Innovationspolitik

Mit der [Regionalen Innovationsstrategie „InnoBB 2025 plus“](#) vom 09. Juni 2019 hat das MWAE den Rahmen geschaffen, Anreize für FuEul im Brandenburger Innovationssystem zu setzen.

Eine weitere tragende Säule der Innovationspolitik ergibt sich aus der besonderen Lage des Landes Brandenburg, das zusammen mit dem Land Berlin die Hauptstadtregion bildet. Beide Länder tragen dieser Verflechtung in der Innovationslandschaft auf der Basis der [Gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Brandenburg und Berlin](#) (InnoBB 2025) Rechnung.

Die [Innovationsstrategie der beiden Länder Brandenburg und Berlin](#) (InnoBB 2025) sowie die [Brandenburger Innovationsstrategie](#) (InnoBB plus 2025) adressieren die zentralen Themen nachhaltiger Innovationspolitik bis zum Jahr 2025.

Auf Basis dieser beiden Säulen lassen sich sowohl die Potenziale der gemeinsamen herausragenden Wissenschafts- und Forschungslandschaft nutzen und die Syner-

gien mit Berlin in zukunftssträchtigen Wirtschaftsfeldern erschließen als auch die mit dem Flächenland Brandenburg verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten einer innovativen industriellen Wirtschaft nutzen.

Der Fokus der brandenburgischen Innovationspolitik liegt darauf, die wirtschaftlichen Potenziale im gesamten Land zielgerichtet entlang der Cluster aufzugreifen und dynamisch in das Innovationsgeschehen einzubeziehen. Die Innovationsstrategien tragen durch einen offenen Ansatz zugleich gewachsenen Strukturen als auch Transformationsprozessen – ausgelöst durch aktuelle politische und wirtschaftliche Entwicklungen bzw. durch die Herausforderungen des Klimaschutzes – Rechnung.

Das MWAE entwickelt die Innovationspolitik weiter, um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen sowie den wirtschaftlichen Transformationsprozessen zu entsprechen. Das Leitmotiv der brandenburgischen Innovationspolitik ist dabei weiterhin „Excellence in Innovation“ für einen dynamischen Innovationsraum in der Hauptstadtregion.

Die Verankerung von Innovation in vielen weiteren Landesstrategien macht den hohen Stellenwert der Innovationspolitik für viele Teilbereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Brandenburg deutlich. Zu diesen Landesstrategien gehören u. a. die Industriestrategie Brandenburg, die Ansiedlungsstrategie, die Digitalisierungsstrategie sowie die Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie.

3.3.2 INDUSTRIESTRATEGIE

Auf der Grundlage des „Aktionsplan Pro Industrie“ von 2012 hat die brandenburgische Landesregierung mit den 2018/2019 erarbeiteten „Leitlinien Industriepolitik Brandenburg“ die Grundlagen für eine integrierte Industriepolitik weiterentwickelt und an neue Herausforderungen angepasst.

Die im Mai 2019 veröffentlichten „Leitlinien Industriepolitik Brandenburg“ bestehen aus den vier strategischen Handlungsfeldern Innovation und Digitalisierung; Fachkräftesicherung und Qualifizierung; Ausbau von Wertschöpfungsketten sowie Infrastruktur und Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen. Diese Handlungsfelder sind in Einzelmaßnahmen untergliedert.

Zunächst wurde auf der Grundlage des Landtagsbeschlusses 7/530-B vom 23. Januar 2020 eine Überarbeitung der Leitlinien mit Blick auf den Umwelt- und Klimaschutz vorge-

⁷ Unter exogenen Schocks werden unerwartete außerökonomische Ereignisse verstanden, die erheblich auf die Wirtschaft

und/oder auf Marktprozesse einwirken. Dazu zählen bspw. Naturkatastrophen, Pandemien, Anschläge, Kriege, Sanktionen oder politische Regimewechsel.

nommen. Dabei wurden die Einzelmaßnahmen der Leitlinien ab 2020 zusätzlich dahingehend überprüft, inwieweit aufgrund gestiegener Klima- und umweltschutzrechtlicher Anforderungen eine Nachschärfung vorgenommen werden muss.

Durch den Landtagsbeschluss 7/4057-B vom 26. August 2021 wurde das MWAE anschließend aufgefordert, die bisherigen Arbeiten innerhalb der industriepolitischen Leitlinien in die Erarbeitung einer ganzheitlichen „Industriestrategie Brandenburg“ zu überführen und diese mit bereits bestehenden, industrierelevanten Fach- und Teilstrategien des Landes zu verzahnen. Die Herstellung der Klimaneutralität bis spätestens 2045 soll dabei ein wesentliches Ziel der neuen Strategie sein. Mit den im August 2022 vom Kabinett beschlossenen Zwischen- und Sektorzielen hat das Land Brandenburg bereits einen konkreten Pfad zur Klimaneutralität definiert. Danach muss unter anderem der Industriebereich seine CO₂-Emissionen bis 2030 im Vergleich zum Jahr 1990 um 75 % und bis 2045 um 95 % reduzieren.

Aus den zwei zuvor genannten Landtagsbeschlüssen ergibt sich für das Land Brandenburg das strategische Ziel, zukunftsfähige Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung eines innovativen, wettbewerbsfähigen und perspektivisch klimaneutralen Industriestandorts zu definieren und entsprechend zu gestalten.

Zu Beginn der Erarbeitung der Industriestrategie wurde in einem partizipativen Dialogprozess mit verschiedenen, industriepolitisch relevanten Akteuren, wie den Sozialpartnern, Kammern, der Wirtschaftsförderung Berlin-Brandenburg sowie mit Unternehmen ein strategischer Rahmen formuliert. Dieser beinhaltet die Darstellung der übergeordneten Ziele und der Handlungsfelder der zukünftigen Industriestrategie.

Um gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Stabilität zu wahren, werden auch die Sicherung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Resilienz sowie die Erhöhung der Wertschöpfungsintensität und des sozialen Beitrags der brandenburgischen Industrie als weitere strategische Ziele der Industriestrategie beschrieben. Mit gezielten Förder- und Beratungsangeboten sowie verlässlichen und wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen sollen Brandenburgs Industriebetriebe unterstützt werden, die Transformation aktiv anzugehen und sich Zukunftsmärkte zu erschließen, um Wohlstand und Beschäftigung nachhaltig zu sichern.

Zur Erreichung der strategischen Ziele wurden fünf Handlungsfelder abgeleitet:

Handlungsfeld 1: Investitionen und Innovationen

Handlungsfeld 2: Fachkräfte und Qualifizierung

Handlungsfeld 3: Flächen und Infrastruktur

Handlungsfeld 4: Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren

Handlungsfeld 5: Integration und Kommunikation.

Für jedes Handlungsfeld werden einzelne Ziele, Schwerpunkte und Maßnahmen definiert. Zusätzlich werden solche Maßnahmen aus anderen Fach- und Teilstrategien aufgenommen, die die Zielerreichung der Industriestrategie flankieren bzw. unterstützen. Dabei werden vor allem Verzahnungen mit dem zukünftigen Klimaplan Brandenburg, der Energiestrategie 2040, der „Maßnahmenkonkreten Strategie für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Land Brandenburg“, der Ansiedlungsstrategie und der Arbeits- und Fachkräftestrategie berücksichtigt. So sollen Synergien aufgezeigt und Ziele mit industriepolitischer Relevanz anderer Strategien und Konzeptionen unterstützt werden.

Die Umsetzung der Industriestrategie wird weiterhin als dynamischer Prozess angelegt, der von den Inputs wichtiger Stakeholder profitiert. Ein regelmäßiges Monitoring bildet die Grundlage, um die Handlungsschwerpunkte und Maßnahmen unter Berücksichtigung erzielter Fortschritte und sich abzeichnender Umfeldveränderungen anzupassen und zu ergänzen. Ein ausgehend von der Industriestrategie zu initiiertes „**Bündnis für Industrie**“ wird hierfür eine hervorgehobene Rolle spielen. Dieses Bündnis soll zeitnah nach Veröffentlichung der Industriestrategie offiziell gegründet werden und als ein Gremium an der Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und der operativen Ausgestaltung der Industriepolitik des Landes Brandenburg mitwirken. Das Bündnis wird sich aus Vertreterinnen und Vertretern der IHKs, Unternehmensverbänden, Wirtschaftsförderung, Gewerkschaften sowie der Arbeitsagentur zusammensetzen.

Die Industriestrategie Brandenburg soll **Mitte 2023** im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landtages Brandenburg vorgestellt, anschließend veröffentlicht und dann schrittweise umgesetzt werden.

3.3.3 AKTIONSPROGRAMM ZUKUNFT DES HANDWERKS IM LAND BRANDENBURG 2021-23

Das brandenburgische Handwerk hat zu jeder Zeit einen wesentlichen Beitrag zu wirtschaftlichem Wachstum, qualifizierter Beschäftigung und profunder beruflicher Ausbildung im Land geleistet. Viele der meist kleinen und mittleren Handwerksbetriebe erwiesen sich selbst in Krisenphasen als widerstandsfähig und wirkten durch ihre hohe Reaktions- und Innovationsfähigkeit als stabilisierender Faktor. Im Rahmen der digitalen, ökologischen und sozia-

len Transformation kommt dem Handwerk jetzt und in Zukunft ein noch höherer Stellenwert zu. Ohne das Handwerk werden Energiewende, Klimaschutz, Digitalisierung, moderne Mobilität oder nachhaltiger Wohnungsbau nicht zu realisieren sein.

Um das Handwerk bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen und seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, wurde 2018 im Rahmen des Bündnisses für Gute Arbeit eine **Initiative „Zukunft des Handwerks im Land Brandenburg“** beschlossen. Die Landesregierung, der Handwerkskammertag Land Brandenburg sowie der DGB Berlin-Brandenburg verständigten sich darauf, ein gemeinsames, sozialpartnerschaftlich und im Geist des Bündnisses für Gute Arbeit getragenes **Aktionsprogramm** für das Handwerk in Brandenburg zu erarbeiten und umzusetzen. Das Programm startete im Jahr 2019, wurde nach zwei Jahren weiterentwickelt und gilt in dieser Form zunächst bis September 2023.

INHALTE DES AKTIONSPROGRAMMS

Das Aktionsprogramm umfasst fünf Themenblöcke, denen verschiedene Maßnahmen bzw. Vorhaben der jeweiligen Programmpartner zugeordnet sind ([Fortschreibung des Aktionsprogramms "Zukunft des Handwerks im Land Brandenburg 2021 - 2023"](#)):

- Im Themenblock **„Grundlegende Maßnahmen“** geht es u. a. um die Wertschätzung des auch für die handwerkliche Selbstverwaltung wichtigen Ehrenamtes sowie um die Bekämpfung von Schwarzarbeit. Hierzu wurde Ende 2022 im MWAE eine Koordinierungsstelle zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung eingerichtet. Ihr Tätigkeitsschwerpunkt umfasst die Vertiefung der Kooperation mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit des Zolls, den Behörden des Landes Berlin sowie weiteren Behörden von Bund, Land und Kommunen (s. Kapitel 3.2.3).
- Ein wichtiger Aspekt ist die **Stärkung der Sozialpartnerschaft und die Erhöhung der Tarifbindung** als eine zentrale Voraussetzung für „Gute Arbeit“ sowie für die Fachkräftesicherung im Handwerk. Um die Wahrnehmung und Akzeptanz von Handwerksinnungen zu stärken und für die Mitgliedschaft in Innungen zu werben, haben vor allem die Handwerkskammern sowie der DGB zahlreiche Aktivitäten in den Bereichen Information und Kommunikation initiiert bzw. fortgeführt.
- Im Bereich **„Digitalisierung“** geht es neben dem flächendeckenden Breitbandausbau um die Beratung, Schulung und Unterstützung für Handwerksbetriebe bei der Digitalisierung. Für diesen Zweck

stehen z. B. Mittel aus der ESF-Richtlinie „Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“ oder aus der ebenfalls ESF-finanzierten Weiterbildungsrichtlinie zur Verfügung. Das Zukunftszentrum Brandenburg wird auch in seiner zweiten Förderperiode 2023 bis 2026 brandenburgische KMU bei der Gestaltung des digitalen Wandels unterstützen. Dabei werden für das Handwerk und die Pflege spezifische Beratungsangebote bereitgestellt (<https://www.zukunftszentrum-brandenburg.de/>). Das „Digitalwerk – Zentrum für Digitalisierung in Handwerk und Mittelstand“ (<https://www.zukunftszentrum-brandenburg.de/navi/digitalwerk/>) bietet kostenfreie Unterstützung bei Digitalisierungsvorhaben, Geschäftsmodell-, Dienstleistungs- und Produktinnovationen.

- Ein weiterer Schwerpunkt des Aktionsprogramms ist die **Stärkung der beruflichen Ausbildung und der Fachkräfteentwicklung** im Handwerk. Eine wichtige Grundlage ist hier die Landesstrategie zur Beruflichen Orientierung aus dem Jahr 2022, die den Handlungsrahmen zur Umsetzung einer systematischen, individuellen und praxisnahen Berufsorientierung vorgibt und die strategische Ausrichtung der schulischen Berufsorientierung für die kommenden Jahre festlegt. Im Rahmen der Ausbildungskampagne „Brandenburg will Dich! Hier hat Ausbildung Zukunft.“ werden freie Ausbildungsstellen und Praktikumsplätze im Handwerk sowohl „vor Ort“ als auch durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen vorgestellt und beworben. Weitere wichtige Themen sind die Ausbildung von Berufsschullehrern in Brandenburg sowie die Ausbildungsförderung.
- Zur **Unterstützung von Betriebsübergaben und Existenzgründungen im Handwerk** wurde die Richtlinie "Meistergründungsprämie Brandenburg" bis zum 31. Dezember 2023 verlängert (<https://www.ilb.de/de/wirtschaft/zuschesse/meistergruendungspraemie-brandenburg/>). Unterstützt werden die erstmalige Gründung einer Existenz in einem Handwerk oder die Übernahme eines Handwerksunternehmens. Die neue Richtlinie des MWAE zur "Unternehmensnachfolge" ist zum 05. Mai 2022 in Kraft getreten und gilt bis zum 31. Dezember 2027. Gefördert werden Maßnahmen zur Sensibilisierung von Inhaberinnen und Inhabern von KMU und Handwerksbetrieben, die 55 Jahre alt oder älter sind sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung von potenziellen Nachfolgeinter-

ressierten (<https://www.ilb.de/de/wirtschaft/zuschuesse/unternehmensnachfolge-2022/>). Beide Richtlinien sollen Anreize für Existenzgründungen oder Unternehmensnachfolgen schaffen sowie zum Erhalt und zur Schaffung zusätzlicher Arbeits- und Ausbildungsplätze dienen.

Verzahnung mit anderen Landesstrategien/Ausblick

Das Aktionsprogramm steht in Verbindung mit der Digitalisierungsstrategie, der Fach- und Arbeitskräftestrategie, mit der Gründungsinitiative und nicht zuletzt mit der Energiestrategie 2040. Im Rahmen der Sitzung des Brandenburger Bündnisses für Gute Arbeit im Dezember 2023 soll sowohl eine Bilanz des Programms gezogen als auch entschieden werden, in welchem Format und mit welchen (neuen) Inhalten es weitergeführt wird.

3.3.4 TOURISMUSSTRATEGIE BRANDENBURG

Die Rahmenbedingungen für die brandenburgische Tourismusbranche haben seit einigen Jahren und insbesondere im Zuge der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges an Komplexität und Volatilität zugenommen. Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Klimawandel, neue Mobilitätsformen oder veränderte Gästerwartungen sind nur einige von zahlreichen und miteinander vernetzten Herausforderungen, vor denen touristische Betriebe und Organisationen heute und in Zukunft stehen. Diese Entwicklungen und Einflussfaktoren bringen sowohl Risiken als auch Chancen mit sich, zu denen sich Politik und Branche strategisch positionieren müssen.

Die neue Tourismusstrategie Brandenburg, deren **Veröffentlichung für Anfang Juni 2023** geplant ist, setzt sich mit den Herausforderungen der auf die Branche wirkenden Transformationsprozesse auseinander. Sie bildet im Zusammenspiel mit anderen Landesstrategien den strategischen Rahmen für die touristische Entwicklung im Land und ist zugleich als motivierendes Zukunftspapier für die Branche konzipiert. Dabei knüpft sie an die Landestourismuskonzeption von 2016 an und entwickelt diese weiter.

Die Tourismusstrategie definiert Ziele und Zukunftsfelder, auf die sich das Handeln aller Institutionen und Organisationen im und für den brandenburgischen Tourismus schwerpunktmäßig ausrichten sollte. Sie wirkt dabei in drei Richtungen:

- Bündelung der Aktivitäten der Landesressorts als Leitstrategie der Landesregierung für die Weiterentwicklung des Tourismus im Land Brandenburg,
- Ermöglichung von touristischen Projekten und Maßnahmen von landesweitem Interesse,

- Rahmensetzung für funktionale, tourismusbezogene Einzelstrategien des Landes sowie der regionalen und lokalen Tourismusstrategien, die sich idealerweise aus der Tourismusstrategie Brandenburg ableiten und den gemeinsamen Weg konkretisieren.

Wie schon die Landestourismuskonzeption, ist die Tourismusstrategie Brandenburg in einem breiten partizipativem Prozess entstanden. Ausgehend von zwei „Zukunftsdialogen“ mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung wurden grundlegende „Zukunftsfelder“ für den brandenburgischen Tourismus identifiziert und gemeinsam mit Verantwortlichen und an Tourismus Interessierten im Land in fachlich moderierten Formaten (u. a. Brandenburgische Tourismustage 2021 und 2022, vier Regionalkonferenzen mit insgesamt über 200 Teilnehmenden, Werkstätten mit neun Fokusgruppen, zahlreiche Einzel- und Gruppengespräche) diskutiert und inhaltlich untersetzt. Im Rahmen einer Ressortabstimmung erfolgt die Fertigstellung der Tourismusstrategie und dann im Anschluss an das Kabinettsverfahren ihre Veröffentlichung.

Verzahnung mit anderen Landesstrategien und mit der neuen Tourismusmarke Brandenburg

Die Tourismusstrategie Brandenburg ist inhaltlich eng mit einer Reihe anderer Landesstrategien verknüpft und zeigt Wechselwirkungen und Synergiepotenziale auf. Zu den für einzelne Zukunftsfelder relevanten Strategien gehören unter anderem die Digitalisierungsstrategie für die Wirtschaft (als Teil des Digitalprogramms des Landes Brandenburg 2025), die Arbeits- und Fachkräftestrategie, die Klimaanpassungsstrategie und die Mobilitätsstrategie 2030. In Anknüpfung an die Regionale Innovationsstrategie des Landes Brandenburg (innoBB 2025 plus) nimmt die Tourismusstrategie Brandenburg die Innovationspotenziale des brandenburgischen Tourismus in den Blick. Auch wirkt sie mit einer entschiedenen Ausrichtung auf Nachhaltigkeit als eine der landespolitischen Fachstrategien unter dem Dach der Landesnachhaltigkeitsstrategie und richtet sich an den in der in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verankerten Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, kurz: SDG) aus. Zugleich knüpft sie damit an die tourismuspolitischen Ansätze des Bundes (Nationale Tourismusstrategie) und der Europäischen Union (EU-Tourismusagenda) an.

Erstmalig wurden die Tourismusstrategie und die neue Tourismusmarke Brandenburg gleichzeitig entwickelt. Vision, Mission und Werte teilen beide. Über die Marke werden touristische Produkte kommuniziert, die typische Brandenburg-Erfahrungen und Erlebnisse bieten. Die Marke schafft Bilder über das Land Brandenburg im Kopf der Gäste und wird über drei Kernerzählungen transportiert

(„Entspannung und Ruhe“, „Besinnung auf das Wesentliche“, „Raum für neue Ideen“).

Synergieeffekte, die in einer gemeinsamen Betrachtung des Tourismusmarketings mit dem Landesmarketing liegen, werden noch weiter ausgeschöpft. Letzteres wirbt bisher vor allem für Brandenburg als neue Heimat für Zuzügerinnen und Zuzügler, während die touristische Marke vor allem Gäste erreicht. Die neue touristische Markenpositionierung und die Kampagnenführung des Landesmarketings bieten dafür eine gute Grundlage. Diese positiven Wechselwirkungen gilt es weiter zu nutzen und zu verstärken.

Inhalte der Tourismusstrategie

Die gemeinsame **Vision** von Tourismusstrategie und Tourismusmarke lautet: *„Brandenburg ist der lebenswerteste Urlaubs- und Erholungsraum in der Mitte Europas, in dem die touristische Entwicklung im Einklang mit Umwelt und Menschen steht.“* Mit dieser Vision wird das Zusammenspiel von Arbeit, Freizeit, Erholung und Urlaub verdeutlicht, die Dynamik der europäischen Hauptstadtregion betont und eine nachhaltige, harmonische Entwicklung von Stadt und Land, Natur und Kultur angestrebt.

Die **Mission** beschreibt, welche positiven Beiträge der brandenburgische Tourismus zu einer nachhaltigen und ausgewogenen Landesentwicklung leistet:

- *„Erlebnisse & Erfahrungen schaffen*
- *Zusammengehörigkeit & Stolz zum Ausdruck bringen,*
- *Gemeinwohl & Lebensqualität in der Hauptstadtregion verbessern,*
- *Weiterentwicklung & Innovationen ermöglichen,*
- *Wettbewerbsfähigkeit & Arbeitsplätze sichern.“*

Neben der Vision und der Mission sind es die **Werte**, die als Grundsätze und Richtschnur das gemeinsame Handeln im brandenburgischen Tourismus bestimmen. Die Tourismusstrategie erfordert einen Entwicklungs- und Transformationsprozess mit vielen Beteiligten, der sich an diesen Werten orientiert. Neben den **vier Grundwerten** stehen **zugehörige Ergänzungswerte**, die die dahinterstehende Haltung konkretisieren und anschaulich machen:

- Unkompliziert (*ehrllich – authentisch – offen*),
- Verantwortungsvoll (*nachhaltig – klimaneutral – gemeinwohlorientiert*),
- Kooperativ (*gemeinsam – verbindend – cokreativ*).
- Inspirierend (*leidenschaftlich – innovativ – ermöglichend*).

Die Tourismusstrategie Brandenburg umfasst **fünf Zukunftsfelder**, die gemeinsam mit Vision, Mission und Werten die Eckpfeiler für die Gestaltung von Maßnahmen und Projekten zur Weiterentwicklung des brandenburgischen Tourismus bilden. Jedes Zukunftsfeld enthält mehrere **Themenschwerpunkte**, die nachfolgend aufgeführt sind.

Zukunftsfeld 1: „Regionalentwicklung & Lebensqualität“:

- Mehrwerte für Gäste und Einheimische bewusst ausbauen
- Wertschöpfungsketten stärken
- Wirtschaftsstandorte aufwerten und Strukturwandel mitgestalten
- Natur- und Kulturerbe bewahren und nachhaltig in Wert setzen
- Barrierefreiheit integriert fördern
- Neue Stadt-Land-Beziehungen ermöglichen
- Zusammenarbeit mit Nachbarschaftsräumen vertiefen

Zukunftsfeld 2: „Digital & Smart“:

- Landesweite digitale Systemökonomie (Digitale Kooperative) entwickeln
- Digitalisierung von Services und Anwendungen vorantreiben
- Menschen beim Digitalen Wandel begleiten und unterstützen
- Digitales datenbasiertes Destinationsmanagement ausbauen

Zukunftsfeld 3: „Ökologischer Wandel“:

- Klimafolgenanpassung im Tourismus vorantreiben
- Tourismusbranche klimaneutral ausgestalten
- Nachhaltige Mobilität verbessern
- Wachstum differenziert steuern und Besucherlenkung stärken

Zukunftsfeld 4: „Arbeit im Tourismus“:

- Ausbildung stärken
- Berufliche Weiterbildung intensivieren
- Fach- und Arbeitskräfte binden
- Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewinnen
- Technologische Potenziale stärker nutzen und integrieren
- Betriebsübernahmen vereinfachen und Gründungen befördern

Zukunftsfeld 5: „Markenführung & touristisches Landesmarketing“:

- Familienmarke Brandenburg stärken
- Brandenburg-Erfahrungen durch Qualitätssteigerungen aktiv gestalten
- auf bestehende Quellmärkte konzentrieren und diese stabilisieren
- Markenkommunikation priorisieren
- Synergien landesweiter Marken- und Marketingverantwortlichkeiten ausschöpfen

Umsetzung und Ausblick

Mit der Tourismusstrategie Brandenburg wird der strategische Rahmen für Maßnahmen und Projekte zu den angeführten Themenschwerpunkten gesetzt. Im Zusammenspiel mit anderen Landesstrategien ergibt sich für die Ressorts der Landesregierung sowie die Landesgesellschaft TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH ein Bündel an fortlaufenden Aufgaben und Maßnahmen (z. B. Förderprogramme, Destinationsmanagement, Marketingaktivitäten) sowie an Projekten (z. B. Studien, Pilotprojekte, Wettbewerbe).

Daneben entwickeln kreative Unternehmerinnen und Unternehmer, touristische Organisationen, Arbeitsgemeinschaften oder wissenschaftliche Kooperationen eine Fülle spannender und zukunftsweisender Initiativen und Projekte. Solche Projekte mit einem konkreten Bezug zu mindestens einem Zukunftsfeld (bzw. Themenschwerpunkt) der Tourismusstrategie, die

- eine landesweite oder branchenweite Relevanz bzw. geografische oder segmentbezogene Übertragbarkeit haben,
- eine Netzwerkorientierung unter Einbezug von Landesinstitutionen sowie
- klare Projektziele, Struktur und Ressourcen aufweisen,

dienen als Verstärker für die Kommunikation der Entwicklung des brandenburgischen Tourismus. Sie werden über die landesweite Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie im politischen Raum transportiert, um die Bedeutung des brandenburgischen Tourismus für die Landesentwicklung zu verdeutlichen und zu verstärken.

Aktuelle Informationen zu diesen gemeinschaftlichen Projekten der brandenburgischen Tourismusbranche und zu den tourismuspolitischen Maßnahmen der Landesregierung können auf dem Internetportal Tourismusnetzwerk Brandenburg unter www.tourismusstrategie-brandenburg.de eingesehen werden.

Eine feste Laufzeit ist für die Tourismusstrategie Brandenburg nicht vorgesehen. Stattdessen soll sie fortlaufend, im Rahmen iterativer Prozesse (u. a. in verschiedenen Beteiligungsformaten) überprüft und weiterentwickelt werden, um neue Trends und Veränderungen aufzunehmen.

3.3.5 AUSSENWIRTSCHAFTSOFFENSIVE

Brandenburg hat im Vergleich mit den meisten anderen Bundesländern noch eine relativ niedrige Exportquote. Dies liegt zum einen an der Unternehmensstruktur und zum anderen an der noch ausbaufähigen Internationalisierung der mittelständischen Bestandsunternehmen. Durch die Folgen der Corona-Pandemie und des Krieges gegen die Ukraine ist die Unterstützung von KMU bei der internationalen Markterschließung noch dringlicher geworden. Um die Internationalisierung der brandenburgischen Wirtschaft zu stärken, soll die Außenwirtschaftsoffensive dabei helfen, Unternehmen, die bisher nicht international aktiv sind, an ausländische Märkte heranzuführen und bereits aktive Unternehmen bei der Verbreiterung und Vertiefung der internationalen Markterschließung zu unterstützen. Eine wichtige Rolle bei der Internationalisierung der brandenburgischen Wirtschaft spielen darüber hinaus internationale Investoren sowie internationale Fachkräfte.

Daher werden mit der Außenwirtschaftsoffensive Verknüpfungen zur Ansiedlungsstrategie und zur Akquisition internationaler Fachkräfte hergestellt, wie dies bereits im Außenwirtschaftskonzept von 2018 erfolgte.

Zentrale Punkte der Außenwirtschaftsoffensive sind vor diesem Hintergrund:

Verbesserung von Transparenz und Information zu Chancen und Fördermöglichkeiten der Internationalisierung

Hierzu gehören u. a. die Schaffung eines zentralen, interaktiven und internetbasierten Informationstools für die Hauptstadtregion gemeinsam mit Berlin sowie regelmäßige Fachveranstaltungen zur Information von KMU (Informationsoffensive) über Fördermöglichkeiten und Chancen der Erschließung internationaler Absatz- und Beschaffungsmärkte. Das Informationstool, welches in Form eines Außenwirtschaftsportals unter der URL www.aussenwirtschaft-bb.de alle wichtigen Informationen zu Außenwirtschaftsförderung, Terminen, Akteuren und Marktchancen an einer zentralen Stelle vereint, wurde Anfang 2023 im Internet live geschaltet.

Die Fach-, Informations- und Coachingveranstaltungen zur Internationalisierung von KMU wurden in den Jahren 2020 bis 2022 pandemiebedingt zum Teil online oder hybrid durchgeführt und wurden im Jahr 2023 mit zwei Veranstaltungen

tungen zu den Themen „Wissensvernetzung zur Entwicklung international wettbewerbsfähiger Zukunftslösungen“ bzw. „Wissensvernetzung zur Entwicklung international wettbewerbsfähiger Innovationen“ fortgesetzt. Die Ergebnisse aus den Fachveranstaltungen sind in einen Methodenguide für die Internationalisierung von KMU eingeflossen, der auf dem Außenwirtschaftsportal abrufbar ist.

Überarbeitung der Förderrichtlinie zur einzelbetrieblichen Außenwirtschaftsförderung

In Abstimmung mit den Industrie- und Handelskammern wurden in der einzelbetrieblichen Unternehmensförderung im Bereich der Außenwirtschaft eine Reihe von Verbesserungen umgesetzt, die zu einer stärkeren Nutzung der Förderung führen sollen. Unter anderem gibt es in der neuen Richtlinie GRW Markt International Förderboni für Start-ups und Internationalisierungsneulinge. Diese Unternehmen können mit bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Kosten bezuschusst werden. Bei allen anderen Unternehmen beträgt der Fördersatz 50 %. Bei der Förderung von Beratungs- und Coachingleistungen sind darüber hinaus die ersten beiden Beratertage für Erstteilnehmer kostenfrei. Als förderfähige Veranstaltungen gelten über die eigentlichen Messen hinaus nun z. B. auch Kongresse, Symposien und Pitchings. Die Richtlinie ist zum 1. Januar 2021 in Kraft getreten. In den Jahren 2021 und 2022 sind jeweils mehr als 100 Anträge zur Förderung nach der Richtlinie bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) eingegangen.

Einführung der Fördermöglichkeit von digitalen Formaten

Während der Pandemie konnten wichtige Förderformate wie Unternehmensreisen und Messebeteiligungen nicht in der gewohnten „analogen“ Form genutzt werden. Digitale Formate spielen auch nach der Pandemie eine wichtigere Rolle als zuvor. Zukünftig werden sie die klassischen Formate zwar nicht immer ersetzen, aber zumindest häufiger ergänzen. Die Außenwirtschaftsförderung hat den Digitalisierungstrend aufgegriffen und die Fördermöglichkeit digitaler Formate (z. B. digitaler Messeauftritte) in die neue GRW-Richtlinie integriert. Brandenburg ist damit eines der ersten Bundesländer mit einem derartigen Förderangebot.

Neupositionierung für die zentralen Leitmesse in der Hauptstadtregion

Messebeteiligungen sind ein wichtiges Instrument für KMU, um ihre Produkte und Dienstleistungen einem internationalen Publikum vorzustellen und zudem wichtige Kontakte zu knüpfen. Auf Messen werden insbesondere Innovationen und neue Technologien vorgestellt. Immer mehr Wirtschaftsprozesse werden digitalisiert und Innovationszyklen werden zunehmend kürzer. Die Rahmenbedingungen für

Unternehmens- und Produktpräsentationen auf Messen müssen sich diesen Entwicklungen anpassen. In den Koalitionsvertrag wurde daher eine Neupositionierung der zentralen Leitmesse in der Hauptstadtregion gemeinsam mit Berlin aufgenommen.

Nach mehr als 20 Jahren gemeinsamer Messeauftritte ist die Dachmarke „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ auf den Messegemeinschaftsständen der Länder Berlin und Brandenburg erfolgreich etabliert. Der Prozess der Neupositionierung der zentralen Leitmesse wurde mit der Hannover-Messe 2022 gestartet. Hierzu fanden eine Strategisierung der beteiligten Akteure sowie ein moderierter Dialogprozess statt. Darüber hinaus diente eine Fachveranstaltung im Rahmen der o. g. Informationsoffensive dazu, den Bedarf der KMU in den Prozess einfließen zu lassen.

Im Ergebnis des Strategieprozesses wurde dieser Messeauftritt u. a. durch eine bessere Orchestrierung der Messestände, der Integration von digitalen Maßnahmen oder dem Coaching-Angebot für Aussteller weiterentwickelt. Nach der erfolgreichen Implementierung einer Online Community-Plattform im Jahr 2022, bietet „Koop-BB.de“ auch 2023 allen Ausstellern der Gemeinschaftsstände der Hauptstadtregion die Möglichkeit, vor, während und nach der Hannover-Messe 2023 sich und ihre Produkte, Technologien oder Systemlösungen virtuell im Netz zu präsentieren.

Mit dem Profil auf der Kooperationsplattform „Koop-BB.de“ sind die Aussteller der Hannover-Messe Teil einer umfassenden Community Plattform, die ihren Mitgliedern nicht nur zusätzliche Kontaktmöglichkeiten mit Fachbesuchern der Messe, sondern auch untereinander ermöglicht. Hinzu kommt ein Überblick über Netzwerkveranstaltungen, Coachings, Messe-Informationen und Vernetzungsangebote durch das EEN (Enterprise Europe Network).

Der Prozess der konzeptionellen Neupositionierung wurde nun auch für die Luft- und Raumfahrtmesse ILA begonnen. Ein entsprechender Strategiedialog wurde im Rahmen von zwei Workshops im Frühjahr 2023 gestartet, die sich mit verschiedenen Aspekten der Vernetzung der regionalen Akteure zur Weiterentwicklung der Präsenz in der Hauptstadtregion beschäftigten.

3.3.6 GRÜNDUNGSOFFENSIVE

Im Jahr 2017 hat das Wirtschaftsressort eine umfassende Gründungs- und Nachfolgestrategie für das Land Brandenburg aufgesetzt und in den Folgejahren diverse Aspekte der Gründungsunterstützung im Land Brandenburg formuliert sowie entsprechende Maßnahmen fortgeführt bzw. auf den Weg gebracht.

Mit dem Ziel, Brandenburg als Gründungsland weiter zu profilieren und mehr Menschen zu unternehmerischer Tätigkeit zu motivieren, wurde Ende 2022 die ‚Gründungsoffensive Brandenburg‘ aufgelegt. Damit wurde auch ein Auftrag des Brandenburger Landtags (Beschluss des Landtags Brandenburg vom 25. 03. 2021 „Gründungsoffensive Brandenburg“, Drs. 7/3194-B) erfüllt.

Verzahnung mit anderen Landesstrategien

An der weiteren Profilierung Brandenburgs als Gründungsland sind neben dem MWAE eine Reihe weiterer Ressorts der Landesregierung beteiligt. Dies sind in erster Linie das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur (z. B. beim Wissenstransfer oder bei Ausgründungen aus Hochschulen), das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Förderung des Unternehmergeists in der schulischen Bildung) und das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (Förderung von Existenzgründungen im ländlichen Raum). Gleichzeitig wird die Unterstützung von Gründungen und – im Speziellen – Start-ups (innovative, wachstumsorientierte Gründungen) in zahlreichen Landesstrategien und Masterplänen adressiert. Dazu zählen insbesondere:

- Innovationsstrategie
- Transferstrategie
- Industriestrategie
- Fach- und Arbeitskräftestrategie
- Strategie Digitalisierung der Wirtschaft
- Außenwirtschaftsoffensive
- Energiestrategie 2040
- Wasserstoffstrategie

Die Gründungsoffensive berücksichtigt die dort hinsichtlich Gründungen und Start-ups enthaltenen Aspekte bzw. ist mit diesen vereinbar.

Herausforderungen, Chancen und Risiken

Im Zuge der Entwicklung einer Gründungsoffensive sind strukturelle Faktoren in den Blick zu nehmen, die Besonderheiten und Potenziale, aber auch Herausforderungen aufzeigen.

Die Gründungstätigkeit im Flächenland Brandenburg ist sowohl hinsichtlich ihrer Intensität als auch bezüglich der Branchen und der Geschäftsmodelle sehr heterogen. In der Landeshauptstadt Potsdam unterscheiden sich die Art und Anzahl der Gründungen beispielsweise von jenen in der Uckermark. Gleiches gilt für die Hochschulstandorte im Vergleich zu ländlichen Gebieten. Gleichzeitig bringt das Flächenland mit vielen Akteurinnen und Akteuren, aber

auch mit unterschiedlichen Förderangeboten auf kommunaler wie Landesebene eine große Vielfalt im sogenannten Gründungsökosystem mit sich, was das Angebot für die Zielgruppe oft unübersichtlich macht. Hinzu kommen ganz grundsätzliche, strukturelle Gegebenheiten. So zeichnet sich das Land Brandenburg stark durch eine von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-) geprägte Wirtschaftsstruktur mit wenigen Großunternehmen/Konzernen aus. Letztere nehmen in der Regel eine zentrale Rolle im Sinne einer Entwicklungspartnerschaft, als Finanzierer, strategische Investoren und Kunden für Gründungen und insbesondere Start-ups ein und setzen insofern Impulse und verstärken die Gründungsaktivität besonders auf dem innovativen Sektor.

Hinzu kommen Faktoren wie der Fachkräftemangel, der neuen Unternehmen die Rekrutierung qualifizierten Personals erschwert. Zu den großen Herausforderungen zählen zudem die Anforderungen der Energiewende. Darüber hinaus tragen sowohl die Altersstruktur als auch die Abwanderung insbesondere aus ländlichen Regionen dazu bei, dass sich Betriebsübergaben bzw. –übernahmen oft schwierig gestalten.

Mit Blick auf die eher „weichen“ Faktoren ist bei der Gründungsoffensive zu berücksichtigen, dass das Land Brandenburg – gerade im Vergleich zu Berlin – (noch) nicht das Image eines Gründungs- bzw. Start-up-Landes hat. Hier gilt es, Brandenburg auf die nationale wie internationale „Gründungslandkarte“ zu bringen und zu einer ersten Adresse für Gründerinnen und Gründer zu machen. Gleichwohl zeigen Beobachtungen und Erhebungen, dass es – gerade hinsichtlich der Start-up-Aktivitäten – eine bereits vorhandene Szene mit noch nicht gehobenen Potentialen gibt. Die Hochschul- und Forschungslandschaft einschließlich zahlreicher außeruniversitärer Forschungseinrichtungen im Land Brandenburg bietet hierfür beste Voraussetzungen, die es noch stärker zu nutzen gilt.

Ein Blick auf das aktuelle Unterstützungsportfolio für Unternehmensgründungen einschließlich Unternehmensnachfolgen zeigt, dass Brandenburg bei der Gründungsförderung und -unterstützung bereits gut und ausgewogen aufgestellt ist. Dies hat mit dazu geführt, dass Brandenburg in Ländervergleichen bei der breiten Gründungstätigkeit häufig die vorderen Plätze belegt.

Schwerpunkte und Prioritäten

Aus dem hier skizzierten Stärken-/Schwächenprofil des Gründungslandes Brandenburg wurden folgende Schwerpunkte für die Gründungsoffensive abgeleitet:

- Es soll eine aufmerksamkeitsstarke und breit aufgestellte Öffentlichkeits- und Marketingkampagne zur

Bewerbung von Selbstständigkeit und des Gründungsstandortes Brandenburg ins Leben gerufen werden.

- Dabei sollen die PR- und Marketing-Maßnahmen der Gründungskampagne mit der Landeskampagne „jwd – Jeder will dahin“ verschränkt werden, um in beiden Richtungen Synergien zu nutzen und Verstärkereffekte zu erzielen: „Brandenburg – Jeder will da gründen“
- Die neu aufgestellte, landesweite Initiative „Gründen in Brandenburg“ und das Zusammenwirken der daran Beteiligten soll weiter aktiviert werden. Als erste gemeinsame Maßnahme wurde – federführend durch die bei der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) angesiedelte Geschäftsstelle der Initiative – im Auftrag der Landesregierung eine neue, zeitgemäße Website ins Leben gerufen. Auf der Internetpräsenz unter www.gruenden-in-brandenburg.de können sich Gründungsinteressierte sowie Gründerinnen und Gründer wie auch andere Stakeholder über die Angebote und Strukturen in Brandenburg mit Blick auf die Themen Unternehmensgründung und -nachfolge informieren.
- Im Sinne eines öffentlichkeitswirksamen Kampagnenansatzes und eines selbstverstärkenden Gründungs- und – in diesem Falle – Start-up-Ökosystems sollen prominente, in und um Brandenburg aktive Unternehmerinnen- und Unternehmer- und Investorenpersönlichkeiten als Botschafterinnen und Botschafter bzw. Unterstützerinnen und Unterstützer für das Start-up-Land Brandenburg gewonnen und in Maßnahmen sowie Formate der Gründungsoffensive eingebunden werden.
- Um Start-up-Gründungen anzusiedeln, zu unterstützen und sichtbar zu machen, ist eine Verstärkung des Angebotes des Frühphasen- und Wachstumsfonds zur Finanzierung von jungen und wachstumsstarken KMU in Brandenburg vorgesehen. Ferner soll ein Förderangebot zur Finanzierung von Start-up-Zentren aufgelegt werden. Hier sollen besonders chancenreiche Start-ups „fit“ für den Weltmarkt gemacht werden. Dabei sollen insbesondere Zukunftsfelder wie z. B. Energie, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft in den Fokus genommen werden, um von entsprechenden Innovationen und Geschäftsmodellen zu profitieren und Brandenburg auf diesen Gebieten als Start-up-Standort zu profilieren.

- Insgesamt soll das Thema Überregionalität und Internationalisierung einen größeren Stellenwert bei der Gründungsförderung erhalten. So sollen für Brandenburger Gründungen und insbesondere Start-ups nationale wie internationale Netzwerke und Initiativen, wie Delegationsreisen oder Austauschprogramme, eröffnet und nutzbar gemacht werden. Damit werden zugleich ein Wissensaustausch und die Erschließung nationaler wie internationaler Märkte befördert.
- Da die Möglichkeit zum Austauschen und Netzwerken mit anderen Gründerinnen und Gründern, Kapitalgeberinnen und -gebern, aber auch mit den Bestandsunternehmern einen zentralen Stellenwert beim Gründen einnimmt und hier aus den jeweiligen Zielgruppen regelmäßig ein Bedarf an zusätzlichen Angeboten artikuliert wird, sollen zielgruppen- und themenbezogene Networking-Formate, z. B. zu Venture Capital, Start-ups, Gründerinnen, bestimmten Branchen, „Old meets new economy“ bzw. „Grown-ups meet Start-ups“⁸ wie auch zum Thema Nachfolge initiiert werden.

Begonnene Maßnahmen/Ausblick

In der aktuellen EU-Förderperiode 2021-2027 sind bewährte Förderprogramme für Unternehmensgründungen und -nachfolgen bereits mit Blick auf aktuelle Entwicklungen im Gründungsökosystem geschärft und an den Start gebracht worden. Das bestehende und in Entwicklung befindliche Förderportfolio ist dabei hinsichtlich der Finanzierungsart und -quelle sowie der Zielgruppenansprache und regionalen Abdeckung breit aufgestellt. Hinzu kommen „klassische“ Förderprogramme, die nicht eigens Gründungen adressieren, diesen aber ebenfalls offenstehen, wie zum Beispiel GRW-G, GRW-Markt – International, ProFIT, Brandenburger Innovationsgutscheine sowie Brandenburger Innovationsfachkräfte als Zuschussprogramme, aber auch der Mikrokredit Brandenburg als Darlehensprogramm.

Zusätzlich zu den bestehenden Angeboten und Unterstützungsstrukturen der Gründungsoffensive sollen 2023 die oben skizzierten Handlungsfelder in den Fokus genommen werden. Hervorzuheben sind die Öffentlichkeits- und Marketingkampagne, die Förderung von Start-up-Zentren sowie die Gründerstipendien und das Startgeld Lausitz. Diese Maßnahmen werden sich wiederum positiv auf die anderen Handlungsfelder auswirken. Zielstellung für diese neuen Maßnahmen ist ein Beginn im Laufe des Jahres 2023.

⁸ Hier kommen größere, etablierte Unternehmen mit Start-ups zusammen, um Erfahrungen und Know-how auszutauschen und ggf. Kooperationen zu entwickeln.

3.3.7 ANSIEDLUNGSSTRATEGIE

Die Ansiedlungsdynamik im Land ist durch ein stark wachsendes Interesse von Unternehmen an Brandenburg geprägt. Die Ansiedlungsnachfrage steigt in allen Regionen des Landes Brandenburg an, die Zahl der Direktinvestitionen übersteigt deutlich die der Erweiterungsinvestitionen. Bereits seit dem Jahr 2015 wurden mehr Arbeitsplätze durch Direktinvestitionen geschaffen als durch Unternehmenserweiterungen. Weiterhin hat die Anzahl großer bis sehr großer, internationaler Investitionsprojekte zugenommen. Dies eröffnet neue Möglichkeiten für die gezielte Priorisierung und Akzentuierung, um zum einen Brandenburgs Wirtschaftsprofil zu schärfen. Zum anderen bietet diese Entwicklung auch zusätzliche Chancen für Regionen im Strukturwandel und den ländlichen Raum. Gleichzeitig steht das Land weiterhin in einem harten internationalen Wettbewerb mit anderen starken Standorten.

Die Ansiedlungsstrategie definiert den landesseitigen Gestaltungs- und Handlungsrahmen für eine proaktive Gestaltung der Ansiedlungsaktivitäten in Brandenburg. Der Fokus richtet sich dabei immer stärker auf qualitative Aspekte, wie die erfolgreiche Etablierung strukturbedeutsamer Unternehmen in den für Brandenburg wichtigen Clusterbranchen und den Aufbau von Wertschöpfungsketten.

Faktoren für die Ausgestaltung der Ansiedlungsstrategie sind neben spezifischen Vorgaben des Koalitionsvertrages die aktuellen ökonomischen, technologischen und geopolitischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die im Land Brandenburg relevanten Gewerbe- und Industriebranchen. Die Ansiedlungsstrategie soll einen nachhaltigen Beitrag leisten, um klimafreundliches Wachstum und Innovation im Land zu fördern, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen sowie Wertschöpfung in den Zulieferketten sowie in den heimischen Bestandsunternehmen zu stärken.

Strategische Ziele und Maßnahmen

Die Maßnahmen der Ansiedlungsstrategie sind in den Handlungsfeldern dargestellt. Diese werden aus den vier definierten, strategischen Zielen der Ansiedlungspolitik abgeleitet. Im Folgenden werden die vier strategischen Ziele im Einzelnen beschreiben. Die Handlungsfelder sind in aller Ausführlichkeit in der Ansiedlungsstrategie des Landes Brandenburg 2023 vorgestellt (mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Ansiedlungsstrategie_2023_Land_Bbg.pdf).

- *Strategisches Ziel 1: Brandenburg als neues, industrielles Zentrum in Deutschland*

Brandenburg hat heute die Chance, sich zu einem „neuen industriellen Zentrum“ in Deutschland zu entwickeln. Die hohe Ansiedlungsnachfrage und die damit verbundenen Chancen für ansässige Betriebe sowie

die starke inhaltliche Profilierung des Landes bilden dafür beste Voraussetzungen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die systematische Entwicklung aller notwendigen Standortfaktoren, aber auch eine frühzeitige Antizipation von limitierenden Faktoren wie Fach- und Arbeitskräften, Gewerbe- und Industrieflächen (GE- und GI-Flächen) erforderlich. Darüber hinaus sind die zukünftig zur Verfügung stehenden Haushalts- bzw. Fördermittel im Blick zu behalten.

Auch im Land Brandenburg werden Fachkräfte für die Entwicklung von Neuansiedlungen sowie von nachhaltigen Wirtschafts- und Wertschöpfungsstrukturen immer wichtiger. Deshalb müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um Fach- und Arbeitskräfte in Brandenburg zu halten, zu qualifizieren und anzuwerben. Die gezielte Fachkräftewerbung wird zu einem neuen Element ganzheitlicher Ansiedlungspolitik. Hier bildet die Fach- und Arbeitskräftestrategie die Grundlage für die entscheidungserhebliche Frage nach der Rekrutierung und Qualifizierung von Fach- und Arbeitskräften im Zuge der Ansiedlungsanbahnung (s. Abschnitt 3.2.1). Zur Deckung der Flächennachfrage wurde das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept erstellt, um kurz-, mittel- und langfristige GE- und GI-Flächenpotenziale zu identifizieren (s. Abschnitt 3.3.7).

Im Hinblick auf einen effizienten Einsatz von Fördermitteln steht die brandenburgische Landesregierung vor die Herausforderung, bei der Ansiedlung eine Priorisierung und Akzentuierung auf nachhaltige und zukunftssichere Wertschöpfungsketten, insbesondere in den innovativen Clusterbranchen in Brandenburg, vorzunehmen.

- *Strategisches Ziel 2: Profilschärfung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg*

Ein starkes Profil mit ausgeprägten Wertschöpfungsketten und passenden Clustern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung erhöht die Chancen für weitere Ansiedlungen und damit auf einen selbstverstärkenden Effekt. Der Standort Brandenburg hat in den vergangenen drei Jahren als Standort der Modernen Mobilität, Zentrum der deutschen Energiewende sowie als Region für Nachhaltige Produktion (insb. Kreislaufwirtschaft, Leichtbau, Bioökonomie) eine deutliche Profilschärfung erfahren. Diese Profile werden auch international wahrgenommen und spiegeln sich in den aktuellen Ansiedlungsanfragen wider.

Dies ermöglicht den gezielten Aufbau neuer Wertschöpfungsketten, beispielsweise in der Elektromobilität und der Batterietechnologie. Umgekehrt darf Profilierung nicht zu Monostrukturen oder zu Abhängigkeiten von wenigen Zulieferern oder knappen Ressourcen

führen. Ansiedlungsmanagement bedeutet daher immer mehr auch Aufwand-Nutzen-Bewertung sowie Risikoabschätzung.

- *Strategisches Ziel 3: Ganzheitliche Ansiedlungs- politik als Erfolgchance*

Der größte Ansiedlungserfolg Brandenburgs seit der Deutschen Einheit – die Ansiedlung von Tesla – war nur möglich durch eine engagierte und konzertierte Aktion verschiedener Beteiligten auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene. Dieses Ressort- und Verwaltungsebenen übergreifende Verständnis für agile und strukturierte Zusammenarbeit muss sich Brandenburg bewahren und auch in Zukunft für strategisch bedeutende Neuansiedlungen insbesondere in den Clusterbranchen einsetzen. Mit einer integrierten Standortentwicklung, die neben der Akquisitionsarbeit von Beginn an auch Themen wie geeignete Gewerbeflächen, Verkehrsinfrastruktur, Naturschutzbelange, Fachkräfte, Wohnumfeld oder soziale Infrastruktur berücksichtigt, kann Brandenburg in Zukunft weitere Erfolge im nationalen und internationalen Standortwettbewerb erzielen.

- *Strategisches Ziel 4: Brandenburg als Land der Guten Arbeit*

Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken und liegt im Landesdurchschnitt gegenwärtig knapp über 6 %⁹. Zugleich sind jedoch fast ein Drittel der Erwerbsbevölkerung in Brandenburg Geringverdienende. Hier liegt Brandenburg deutschlandweit noch im unteren Drittel. Die Aufgabe der Ansiedlungspolitik ist künftig nicht mehr nur die Bereitstellung möglichst vieler, neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungsunternehmen, sondern auch die gezielte Anwerbung von Firmen, die mit ihrem Gehaltsniveau zur Wohlstandsverbesserung im Land beitragen können. Mit der Entwicklung Brandenburgs zu einem neuen, industriellen Zentrum in Deutschland soll auch eine Qualitätssteigerung für die Erwerbstätigen einhergehen.

Verzahnung mit anderen Landesstrategien

Für eine ganzheitliche Umsetzung der vielfältigen Herausforderungen ist die enge Verzahnung der Ansiedlungsstrategie mit anderen Strategien ein wichtiger Ansatz. Neben der Fach- und Arbeitskräftestrategie und dem Gewerbe- und Industrieflächenkonzept ist die Ansiedlungsstrategie mit der Innovationsstrategie und der Industriestrategie verknüpft:

- Die Innovationsstrategie definiert die besonders wachstums- und entwicklungsrelevanten Branchen, Transformationsthemen und Innovationsfelder des Landes sowie der Hauptstadtregion und ist damit ein wichtiger Anhaltspunkt für die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Akquisitionsarbeit.
- Die Industriestrategie Brandenburg wird strategische Ansätze für den Wandel der Industrie hin zur Klimaneutralität 2045 unter gleichzeitiger Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit definieren. Sie wird Synergien zu anderen Fach- und Teilstrategien des Landes herstellen, wie der Ansiedlungsstrategie, um so den ökologischen Wandel der Industrie ganzheitlich zu unterstützen. In dem Ausbau einer fortschrittlichen und erfolgreichen Industrieregion im Einklang mit Ökologie und Ökonomie liegen die industriellen Zukunftschancen Brandenburgs.

3.3.8 INDUSTRIE- UND GEWERBEFLÄCHEN-KONZEPT

Im internationalen Standortwettbewerb nimmt das Land Brandenburg eine immer stärkere Position ein. Damit verbunden ist eine seit mehreren Jahren hohe und weiterhin ansteigende Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen. Die Verfügbarkeit solcher Flächen für Neuansiedlungen oder die Erweiterung bestehender Unternehmen ist derzeit noch ein wesentlicher Standortvorteil für Brandenburg. Insbesondere große, verkehrsgünstig gelegene und zusammenhängende Gewerbeflächen sind aber heute bereits selten und sollten daher zum richtigen Zeitpunkt für den richtigen Zweck eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund hat das MWA die WFBB im Sommer 2020 mit der „Erstellung eines Industrie- und Gewerbeflächenkonzepts für das gesamte Land Brandenburg“ (GFK BB) beauftragt, das eine langfristige **strategische Handlungs- und Planungsgrundlage** für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Land bilden soll.

Grundsätzlich gilt dabei:

- Gewerbe- und Industrieflächen sollen in erforderlichem Umfang und benötigter Qualität dort geplant und entwickelt werden, wo sie die quantitative und qualitative Nachfrage bestmöglich decken.
- Bei der Entwicklung neuer und der Weiterentwicklung bestehender Gewerbeflächen soll verstärkt

⁹ Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen im Februar 2023

auf ökologische Aspekte, wie den effizienten Umgang mit Flächen und Ressourcen, geachtet werden.

- Bei der Flächenentwicklung und späteren Nutzung müssen Nachhaltigkeitsaspekte beachtet werden.

Partizipativer Prozess

Der Erstellung des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes lag ein umfangreiches Arbeitsprogramm mit einem detaillierten Erhebungs- und Kommunikationsprozess zugrunde. Dieses umfasste neben der Flächenanalyse und der Prognose der Gewerbeflächennachfrage die Erarbeitung von Grundlagen einer Industrie- und Gewerbeflächenentwicklungsstrategie. Das Konzept basiert auf einer umfassenden Bestandsanalyse sowie Gesprächen mit fast 200 Kommunen im Land. Ebenfalls eingebunden waren die Planungsregionen, Landkreise und kreisfreien Städte sowie die zuständigen Ministerien. Die Erstellung eines solchen Konzepts in dieser Form ist bundesweit einmalig.

Zentrale Ergebnisse des im Dezember 2022 vorgelegten Gutachtens sind:

- Die Bestandsflächen reichen nicht aus, um landesweit die bis 2030 prognostizierte Nachfrage – sowohl seitens investitionsorientierter auswärtiger Unternehmen als auch von Bestandsunternehmen – zu decken. Der Entwicklung strukturpolitisch bedeutsamer Gewerbe- und Industriegebiete kommt daher eine Schlüsselstellung für die künftige Wirtschaftsentwicklung des Landes Brandenburg zu.
- In 911 Bestandsflächen sind noch 2.302 Hektar frei (Stichtag: 31. Dezember 2021). Davon sind allerdings nur 767 Hektar sofort vermarktungsfähig. Bei den übrigen Flächen sind zum Teil umfassende Aufbereitungsarbeiten insbesondere planerischer Natur erforderlich.
- Die sofort vermarktungsfähigen Bestandsflächen umfassen überwiegend kleinere Flächen. In den Größenklassen zehn bis 25 Hektar sind 21 Standorte und in der Größenklasse 25 bis 50 Hektar sechs Standorte verfügbar.
- Zusätzlich zum Bestand gibt es Potenzialflächen mit insgesamt 4.526 Hektar. Davon sind 56 Entwicklungsflächen mit 1.436 Hektar kurz- bis mittelfristig vermarktbar. Die 56 Entwicklungsflächen umfassen auch größere Flächen.
- In der regionalen Betrachtung zeigen sich teils erhebliche Unterschiede. In den Landkreisen Dahme-Spreewald, Märkisch-Oderland, Oberhavel und O-

der-Spree zeichnet sich bereits jetzt Handlungsbedarf bei der Erschließung neuer Flächen ab. Auch in den Landkreisen Ostprignitz-Ruppin und Teltow-Fläming liegen die freien Bestandsflächen nur knapp über dem Bedarf. Dagegen ist u. a. in den Landkreisen Prignitz, Uckermark und Spree-Neiße ein quantitativ ausreichendes Flächenangebot vorhanden.

- Um ausreichend Standortangebote unterbreiten zu können, müssen vorhandene, eingeschränkt vermarktungsfähige freie Bestandsflächen attraktiver gemacht und neue GE-/GI-Flächen entwickelt werden. Handlungsfeld 1 bei der Umsetzung des GFK BB ist daher die umgehende Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen. Hierzu gehören die Entwicklung neuer Potenzialflächen und mit Blick auf die Nachhaltigkeitsziele des Landes die Erhöhung der Attraktivität von Bestandsgebieten sowie die Nutzung von Konversionsflächen.
- Die Kommunen haben Unterstützungsbedarf bei der Flächenentwicklung angezeigt, insbesondere in finanzieller, personeller und fachlicher Hinsicht. Die Handlungsfelder 2 bis 4 sind dementsprechend auf die Unterstützung der Kommunen bei der Flächenentwicklung ausgerichtet. Dazu gehören die Beratung der Kommunen, die Förderung und Finanzierung sowie Datenpflege und -monitoring.
- Zur Unterstützung der GE-/GI-Flächenentwicklung ist eine Zusammenarbeit aller tangierten Politikbereiche notwendig.

Das Konzept ordnet sich in den gesamtstrategischen Rahmen des MWAE ein. Insbesondere bildet es ein wichtiges Bindeglied zwischen der Industriestrategie und der Ansiedlungsstrategie.

Nächste Umsetzungsschritte

Die Entwicklung und Erschließung weiterer Industrie- und Gewerbeflächen soll in einem transparenten Prozess erfolgen, an dem die Akteurinnen und Akteure aller Verwaltungsebenen beteiligt sind.

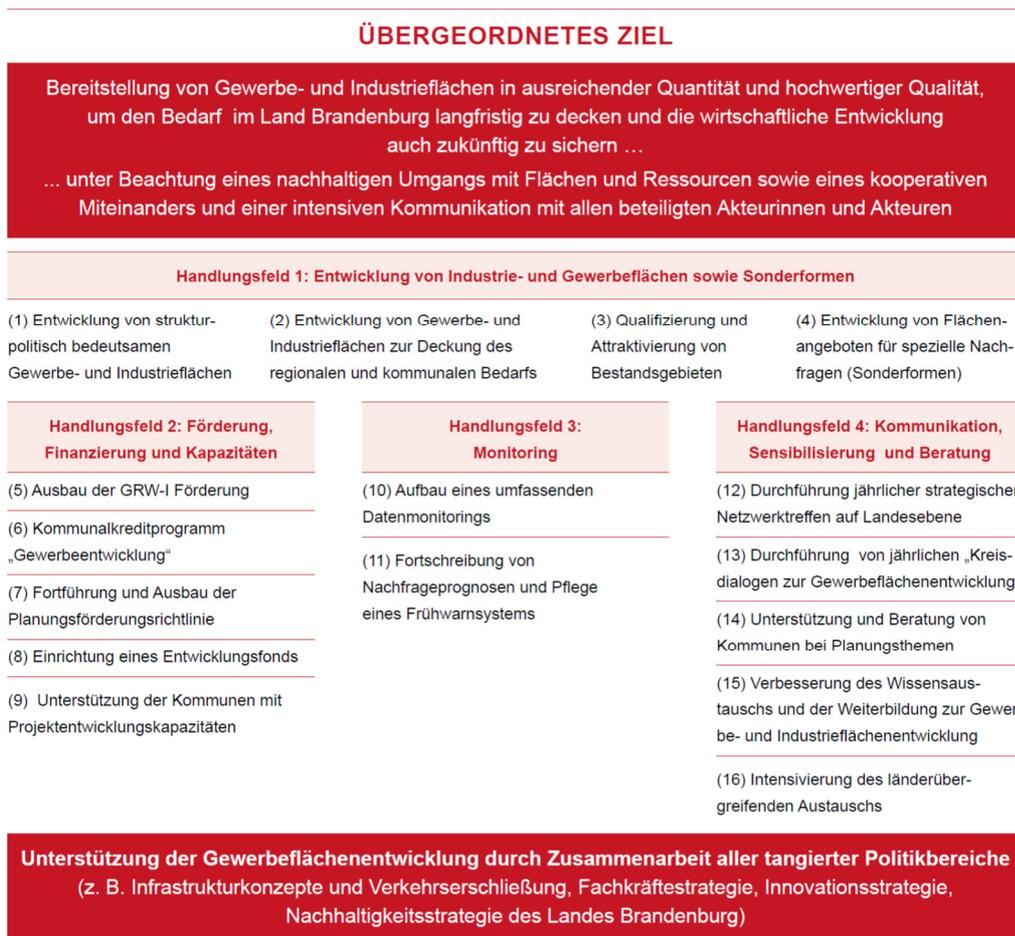
Handlungstragende bei der Umsetzung der Empfehlungen sind das MWAE, fachlich betroffene Ressorts, die ILB und vor allem die WFBB. In einem ersten Schritt wurden Anfang 2023 alle Beteiligten (Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister, kommunale Wirtschaftsförderer, Stadtentwickler sowie die Industrie- und Handelskammern und weitere

regionale Institutionen wie beispielsweise Wirtschaftsverbände) im ihnen bekannten Format der Regionalen Flächenwerkstatt über das Industrie- und Flächenkonzept für

das Land Brandenburg und daraus resultierende Umsetzungsschritte informiert.

Hierauf aufbauend soll in einem gemeinsamen Gestaltungsprozess die Umsetzung der im GFK BB aufgezeigten Handlungsempfehlungen in enger Abstimmung und ressortübergreifend mit den zuständigen Fachministerien und den Regionalverantwortlichen erörtert werden. Inhaltlich werden dabei die u. g. Handlungsfelder im Mittelpunkt stehen.

Abbildung 8: Ziel, Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen bei der Bereitstellung und Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen



Quelle: Gewerbe- und Industrieflächenkonzept für das gesamte Land Brandenburg

3.4 ENERGIEWENDE UND RESSOURCENEFFIZIENZ

3.4.1 ENERGIESTRATEGIE 2040

Im Einklang mit den internationalen, europäischen und nationalen Rahmenbedingungen hat Brandenburg das Ziel, bis spätestens 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Die Energieversorgung mit Strom und Gas ist in Deutschland kein regionales, sondern durch die Einbindung in die europäischen Verbundnetze ein ganzheitliches, europäisches Thema, das zunehmend auch von internationalen Entscheidungen und geopolitischen Entwicklungen beeinflusst wird. Somit ist es eine gemeinsame Aufgabe der EU, Deutschlands und der Bundesländer, Bedingungen dafür zu schaffen, dass zukünftig eine klimaneutrale, umweltverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung gewährleistet ist.

Brandenburg nutzt die dem Land zur Verfügung stehenden Handlungsspielräume und hat am 23. August 2022 die federführend durch das MWAE erstellte Energiestrategie 2040 beschlossen (<https://mwae.brandenburg.de/media/bb1.a.3814.de/Energiestrategie2040.pdf>). Damit erfüllt die Landesregierung den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag der 7. Legislaturperiode, die Energiestrategie 2030 aus dem Jahr 2012 weiterzuentwickeln und fortzuschreiben und trägt aktiv zur Gestaltung eines klimaneutralen, umweltverträglichen, zuverlässigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlich akzeptierten Energieversorgungssystems bei.

Parallel zur Energiestrategie hat die brandenburgische Landesregierung die vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz vorgelegten Zwischen- und Sektorenziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verabschiedet. Diese sind die Grundlage des zukünftigen Klimaplan Brandenburg und bilden einen übergeordneten Orientierungsrahmen für andere klimapolitisch relevante Strategien des Landes.

Innerhalb des energiepolitischen Zielvierecks – bestehend aus der Klimaneutralität und Umweltverträglichkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Versorgungssicherheit sowie der Akzeptanz und Beteiligung – wird mit sechs strategischen Zielkriterien der Umbau des Energiesystems verfolgt. Abbildung 9 zeigt eine Übersicht der Ziele und, falls vorhanden, der messbaren Zielwerte der Energiestrategie 2040. Eine hohe Energieeffizienz kann durch die optimale Nutzung der verfügbaren Primärenergieträger erreicht werden. Brandenburg strebt an, den Primärenergieverbrauch im Vergleich zu 2007 bis 2030 um 23 % und bis 2040 um 39 % zu senken. Im Jahr 2020 betrug die Reduktion bereits 17,7 %. Da der Einsatz erneuerbarer Energien den Verbrauch von fossilen Brennstoffen senken kann, ist ein kontinuierlicher Ausbau erforderlich. Der Anteil erneuerbarer

Energien am Primärenergieverbrauch soll bis 2030 in einem Zielkorridor von 42 bis 55 % und bis 2040 von 68 bis 85 % liegen.

Brandenburg deckt bereits jetzt bilanziell fast 100 % seines Bruttostromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Im Bereich Wärme ist ihr Einsatz allerdings noch zu gering. Von derzeit rund 20 % sollen bis 2040 82 % des Wärmeverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Um dies zu erreichen, ist ein erheblicher Ausbau insbesondere von Wind- und Solarenergie notwendig. Bis 2040 sollen 15 GW Leistung durch Windkraft- und 33 GW Leistung durch Photovoltaikanlagen installiert sein. Das bedeutet eine Verdoppelung der Gesamtleistung von Windkraftanlagen und eine Verachtfachung der Photovoltaik. Allerdings reicht der alleinige Ausbau erneuerbarer Energien nicht aus, um dauerhaft Energiesicherheit zu gewährleisten. Wasserstoff wird als Energieträger in dem zukünftigen dekarbonisierten Energiesystem eine zentrale Rolle spielen. Die Energiestrategie 2040 forciert den Markthochlauf von Wasserstoff und die Sektorenkopplung, die Einbindung von Speichertechnologien und den Netzausbau bzw. -umbau. Die Förderung von Forschung und Entwicklung im Energiebereich unterstützt die benötigten Fortschritte und damit den Erfolg der Energiewende.

Eine der Grundlagen für das Gelingen der Transformation ist die Befürwortung der Energiewende und die aktive Mitgestaltung durch die Bevölkerung. Um die Akzeptanz, insbesondere für den Ausbau erneuerbarer Energien, zu steigern, ist eine transparente Informationspolitik erforderlich. Indem die strategische Ausrichtung und die langfristigen Ziele der Landesregierung dargestellt werden, dient auch die Energiestrategie selbst diesem Transparenzziel.

Ein weiterer entscheidender Faktor für den Erfolg der Energiewende sind regionale und dezentrale Lösungen. Durch die kommunale Selbstverwaltung kommt den Kommunen hier eine besonders große Rolle zu. Auch Bürger gestalten die Energiewende durch die Teilnahme an Beteiligungsverfahren und durch Investitionen im Energie-, Wärme- und Verkehrssektor mit. Bund und Ländern müssen sicherstellen, dass sie bei der Gestaltung von wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowohl Kommunen als auch Bürger adäquat unterstützen. Insbesondere in strukturschwachen Regionen sollen Innovationen und Arbeitsplatzangebote im Bereich erneuerbarer Energien für bessere Lebensverhältnisse sorgen.

Abbildung 9: Ziele und messbaren Zielwerte der Energiestrategie 2040

Ziele	2018	2019	2020	2030	2040
 Energieeffizienz erhöhen					
Primärenergieverbrauch (ggü. 2007)	+3,7 %	-6,2 %	-17,7 %	-23 %	-39 %
Anteil der EE am PEV	17,5 %	20,8 %	23,8 %	42–55 %	68–85 %
 Steigerung des Anteils der EE am Energieverbrauch					
Installierte Leistung Windenergie	7 GW	7,3 GW	7,5 GW	11,5 GW	15 GW
Installierte Leistung PV	3,7 GW	4,0 GW	4,4 GW	18 GW	33 GW
Anteil der EE am Bruttostromverbrauch	84,9 %	95 %	99,2 %	100 %	-
Anteil der EE am Endenergieverbrauch Wärme	19,5 %	20,4 %	n. a.	-	82 %
 Wasserstoffwirtschaft aus- und aufbauen					
 Gewährleistung klimaneutraler, zuverlässiger und preisgünstiger Energieversorgung					
 Wirtschaftliche Beteiligung und Akzeptanz steigern					
 Beschäftigung und Wertschöpfung stabilisieren und weiterentwickeln					

Datenquellen: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2023); Berechnungen der Energieagentur Brandenburg

Ein tiefgreifender Umbau unseres Energieversorgungssystems ist eine der zentralen Aufgaben der Gegenwart. Die Energiestrategie 2040 leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag. Eine politische Strategie ist ein Konzept, das auf mittel- und langfristige Ziele gerichtet ist. Um der wachsenden Dynamik in der nationalen und internationalen Energiepolitik Rechnung zu tragen, sollten die strategischen Ziele sowie die dafür vorgesehenen Maßnahmen allerdings regelmäßig und ergebnisoffen evaluiert werden. Die Umsetzungsfortschritte der Energiestrategie 2040 werden durch ein Monitoring der Energieagentur Brandenburg erfasst und zukünftig in dem landeseigenen Energieportal (<https://energieportal-brandenburg.de>) dargestellt.

Der Erfolg der Energiewende ist nicht nur abhängig von politischen Entscheidungen, sondern auch von Konsumententscheidungen, einem funktionierenden Markt, der Verfügbarkeit von Rohstoffen, Produktionsbedingungen, Technologien, nationalen und internationalen Rahmenbedingungen und sozialen Werten. Da die Gestaltung der Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, wurde die Erarbeitung der Energiestrategie als partizipative Aufgabe begriffen.

Zur Erarbeitung der Energiestrategie 2040 wurde im Jahr 2021 ein externes Gutachten zur Fortschreibung der Energiestrategie 2030 in Auftrag gegeben. Der darauf basierende erste Entwurf wurde mit Experten der Energiewende aus der Industrie und Forschung diskutiert. Eine öffentliche Beteiligung fand Anfang des Jahres 2022 im Rahmen einer

Onlinekonsultation statt. Zahlreiche Akteure, u. a. Kommunen, Unternehmensverbände, Bürger, Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände haben sich hieran beteiligt. Daraufhin erfolgte eine umfangreiche Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen. Die Arbeitsschritte zur Erstellung der Energiestrategie wurden regelmäßig durch eine interministerielle Arbeitsgruppe begleitet. Da das Land die energiepolitischen Ziele nicht alleine umsetzen kann, ist es auf das Handeln der Wirtschaftsakteure, Kommunen und Bürger angewiesen.

Die Energiestrategie 2040 stellt auf Landesebene die Weichen dafür, dass die Klimaschutzziele in Deutschland insgesamt erreicht werden können. Mit dem Ziel einer klimaneutralen, umweltverträglichen, sicheren, wirtschaftlichen, bezahlbaren und gesellschaftlich akzeptierten Energieversorgung bietet sie einen Orientierungsrahmen für zukünftige energiebezogene Handlungen und ist richtungweisend für die Energiepolitik in Brandenburg.

3.4.2 UMSETZUNG DER WASSERSTOFFSTRATEGIE (H2BB)

Es ist absehbar, dass Wasserstoff im zukünftigen Energieversorgungssystem (EVS) eine bedeutende Rolle einnehmen wird. Beim Umbau des EVS liegen große Herausforderungen vor allen Akteuren, die es zu meistern gilt. Wasserstoff bietet jedoch die Chance, die Energieimportabhängigkeit von wenigen Staaten zu reduzieren und zeitgleich die brandenburgischen Energie- und Wirtschaftssektoren zu dekarbonisieren. So können komplett neue Wertschöpfungsketten aufgebaut werden, was der Region

neue Arbeitsplätze und eine klimafreundliche Perspektive ermöglicht. Die Wasserstoffstrategie des Landes Brandenburg (H₂BB) leistet somit einen positiven Beitrag sowohl für die Energiewende als auch für die Strukturentwicklung in der Region (www.h2-bb.de/). Sie dient als Baustein im Rahmen der Energiestrategie und des Klimaplanes des Landes Brandenburg. Mit der H₂BB bekennt sich das Land Brandenburg zu den globalen und nationalen Klimazielen. Das übergeordnete Ziel der H₂BB ist der zügige Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft im Land Brandenburg.

Die Strategie wurde im November 2021 vom Kabinett beschlossen und befindet sich bereits in der Umsetzung. Das Umsetzungskonzept wurde ausgearbeitet und die notwendigen Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Die Umsetzung der H₂BB erfolgt dabei in enger Zusammenarbeit mit den Ministerien MLUK, MWFK, MIL, MdFE sowie der Staatskanzlei. So ist die ressortübergreifende Abstimmung der Priorisierung und Bündelung der konkreten Einzelmaßnahmen bereits abgeschlossen. Auch mit den Berliner Kollegen findet ein regelmäßiger Austausch statt.

Es wurden im Jahr 2022 bereits einige Maßnahmen der H₂BB umgesetzt. Als großer Meilenstein wurde zum Beispiel der **digitale Wasserstoffmarktplatz für Brandenburg und Berlin** eröffnet. Der offizielle Startschuss erfolgte Ende März durch Herrn Minister Steinbach und Herrn Senator Schwarz. Der Wasserstoffmarktplatz ermöglicht es, Anbieter und Nachfrager von Wasserstoff zusammenzuführen. So unterstützt das MWAE frühzeitig die notwendigen Transformationsprozesse der brandenburgischen Industrie und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft allgemein. Der digitale Marktplatz wurde zwar zunächst für Berlin-Brandenburg entwickelt, hört aber nicht an den Landesgrenzen auf. Auch Akteure von außerhalb können Wasserstoffbedarfe und -angebote platzieren. Der Marktplatz wird sehr gut angenommen. Nach nicht mal einem Jahr haben sich bereits über 340 Akteure auf der Plattform angemeldet und dort ca. 300 Projekte, Angebote oder Nachfragen platziert.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein ist der offizielle Startschuss für das **Projekt RefLau** im Industriepark Schwarze Pumpe. Das RefLau, das ausschließlich erneuerbare Energie nutzt, alle Systemdienstleistungen eines konventionellen Kraftwerks bereitstellen wird und zudem eine breite Sektorenkopplung ermöglicht, setzt somit innovative Maßstäbe und stellt eine Blaupause für die Kraftwerke der Zukunft dar. Am 22. Februar 2023 wurden die hierfür notwendigen Zuwendungsbescheide durch Herrn Bundesminister Habeck und Herrn Minister Steinbach überreicht.

Um umweltpolitische Aspekte in die Umsetzung der Maßnahmen miteinzubeziehen, fand bereits im Februar 2022 ein Gespräch mit Vertretern des MLUK statt. Ziel war es, sich über die Wasserverfügbarkeit und über möglicherweise damit verbundene Klimarisiken auszutauschen. Das Thema Wasserverfügbarkeit ist integraler Bestandteil der H₂BB und wird in die Planungen und Projekte miteinbezogen. Noch im Jahr 2023 soll ebenfalls unter Einbeziehung des MLUK eine Studie zum Wasserverbrauch von Elektrolyseuren in Brandenburg vergeben werden.

Des Weiteren wurde im März 2022 eine Machbarkeitsstudie für ein **Wasserstoffstartnetz im Land Brandenburg („H₂-Startnetz BB“)** in Auftrag gegeben. Ziel war es, Wasserstoffquellen und -senken im Land Brandenburg räumlich und zeitlich zu ermitteln sowie eine mögliche Trassierung zu entwerfen. Die Bearbeitung der Studie ist mittlerweile abgeschlossen und die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit am 16. Februar 2023 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt.

Zu den laufenden Aufgaben der Umsetzung zählten und zählen unter anderem die positive Kommunikation innerhalb der Bevölkerung und der Fachwelt sowie die Unterstützung von Wasserstoffnetzwerken. Hierzu erfolgen regelmäßig Teilnahmen an Fachveranstaltungen und Netzwerktreffen. Auch die Kooperation mit Polen im Bereich Wasserstoff wurde durch die Teilnahme an vielen Veranstaltungen unterstützt. Die **H₂-Tour durch die Regionen** mit Herrn Minister Steinbach stellt ebenfalls einen wesentlichen Baustein der H₂BB dar, der für mehr Verständnis und Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren sorgt.

Weitere Vorhaben befinden sich in der Vorbereitung. So wird dieses Jahr erstmals der **Brandenburger Wasserstoffpreis** in Form eines Schülerwettbewerbs ausgelobt. Der Wettbewerb soll jährlich stattfinden und das Thema Wasserstoff vor allem für die jüngere Bevölkerung „anfassbar“ machen. Beginn im Jahr 2023 ist der 01. Juni 2023.

Des Weiteren haben die Planungen für die jährliche Durchführung des **Brandenburger Wasserstofftages** begonnen. Der Wasserstofftag richtet sich an einen breiten Teilnehmerkreis, der Akteure aus Industrie, Wissenschaft, Politik und der Bevölkerung zusammenbringt und sich aus Fachvorträgen, Interviews und Experten-Diskussionsrunden zu aktuellen wasserstoffbezogenen Themen zusammensetzt. Der Wasserstofftag wird am 17. November 2023 in Potsdam stattfinden.

4. Europäische Strukturfonds (EFRE/JTF, ESF+)

Der **Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** ist eines der wichtigsten Finanzierungsinstrumente der europäischen Kohäsionspolitik. Mit dem EFRE sollen die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen der Union gemindert und die Lebensbedingungen in den strukturschwächsten Regionen verbessert werden. Der **Europäische Sozialfonds (ESF)** wurde für die aktuelle Förderperiode 2021 – 2027 mit anderen Programmen zum sog. **Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+)** gebündelt. Der ESF+ wird gezielt eingesetzt, um Chancengleichheit und Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern.

Die Strukturfonds werden in der Förderperiode 2021-2027 durch den neu geschaffenen **Just Transition Fund (JTF)**, übersetzt: Fonds für einen gerechten Übergang) ergänzt. Die Mittel aus dem JTF werden für Regionen bereitgestellt, die vom Übergang in die Klimaneutralität und vom Strukturwandel am stärksten betroffen sind. Das beinhaltet die Förderung produktiver Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen, die Gründung neuer Unternehmen, Forschung und Innovation, Umweltsanierung, saubere Energie, Weiterbildung und Umschulung von Beschäftigten sowie die Unterstützung bei der Arbeitssuche und die aktive Eingliederung von Arbeitssuchenden. Darüber hinaus wird der Umbau bestehender CO₂-intensiver Anlagen gefördert, wenn diese Investitionen zu erheblichen Emissionssenkungen und zum Arbeitsplatzschutz führen.

Dem Land Brandenburg stehen im aktuellen Förderzeitraum aus dem EFRE insgesamt 846 Mio. Euro, aus dem JTF 786 Mio. Euro und aus dem ESF+ 396,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Mittel, die die EU für diese Strukturfonds zur Verfügung stellt, werden in eigener Verantwortung der Mitgliedsstaaten, aber in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission, verplant und eingesetzt (sog. „geteilte Mittelverwaltung“). Dafür gibt es in Deutschland 17 regionale ESF+-Programme – eins in jedem Bundesland und zusätzlich eins auf Bundesebene - sowie 16 regionale EFRE-Programme (davon vier in Kombination mit dem JTF), die jeweils für eine Förderperiode von sieben Jahren erstellt und von der Europäischen Kommission genehmigt werden.

Hervorzuheben ist, dass bei der EU-Förderung die sogenannten bereichsübergreifenden Grundsätze (früher: Querschnittsziele) eingehalten werden müssen. Das betrifft:

- die Achtung der Grundrechte und die Einhaltung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,

- die Gleichstellung von Männern und Frauen,
- die Nicht-Diskriminierung und
- die nachhaltige Entwicklung.

4.1 EUROPÄISCHER FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG (EFRE), FONDS FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG (JUST TRANSITION FUND, JTF)

EFRE und JTF werden in Brandenburg in einem Programm umgesetzt. Das Brandenburger EFRE-/JTF-Programm wurde am 14. Oktober 2022 nach einem langjährigen Vorbereitungsprozess von der Europäischen Kommission genehmigt. Zur Vorbereitung erfolgten nicht nur umfangreiche Abstimmungen innerhalb der Landesregierung, sondern auch Diskussionen mit den Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartnern sowie mit interessierten Akteuren im Land Brandenburg. Das geschah z. B. im Rahmen einer Veranstaltungsreihe. Ferner konnten Stellungnahmen zu den jeweils auf der EFRE-/JTF-Webseite veröffentlichten Entwürfen abgegeben werden. Der bei der EU-KOM einzureichende Entwurf, der bis dahin nur den EFRE enthielt, wurde schließlich im Oktober 2021 von der Landesregierung beschlossen. Im Jahr 2022 wurde dieser Entwurf um den JTF erweitert. Sowohl die Planung als auch die Umsetzung des EFRE-/JTF-Programms werden in Brandenburg zudem von einem Gemeinsamen Begleitausschuss für die EU-Fonds (ELER/ EAGFL, EFRE/JTF, ESF) begleitet¹⁰.

Die wichtigsten Herausforderungen, die die Grundlage der Programmstrategie des Landes Brandenburg bilden, sind:

AUSBAU DER INNOVATIONSKAPAZITÄTEN UND DES WISSENS- UND TECHNOLOGIETRANSFERS

Trotz eines gleichbleibenden bis positiven Trends beim Anteil der internen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt, bleibt jedoch der Anteil der Investitionsvolumina für FuE im privaten Sektor an allen FuE-Aufwendungen und FuE-Personal in der Wirtschaft im bundesweiten Vergleich weit zurück. Unternehmen investieren noch zu wenig in innovative Projekte und Prozesse. Es bedarf auch weiterhin der Unterstützung des wirtschaftsbezogenen Wissens- und Technologietransfers sowie neuer Ansätze zur Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Umsetzung der Gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg und der Regionalen Innovationsstrategie des Landes Brandenburg

¹⁰ <https://mdfe.brandenburg.de/mdfe/de/europa/eu-foerderung-in-brandenburg/gemeinsamer-begleitausschuss/>

(innoBB 2025 bzw. innoBB 2025 plus; siehe hierzu Abschnitt 3.1.1) durch bessere Rahmenbedingungen.

NUTZUNG DER VORTEILE DER DIGITALISIERUNG

Um die Vorteile der digitalen Transformation nutzen zu können, müssen neben infrastrukturellen Voraussetzungen sowohl der Digitalisierungsgrad in den Unternehmen und deren digitale Ausstattung als auch die digitalen Kompetenzen der Mitarbeitenden deutlich verbessert werden. Eine weitere Facette der Digitalisierung ist die Bereitstellung von Geobasisdaten in deutlich verbesserter Qualität (z. B. Karten von Straßen, Grundstücken oder ganzer Landschaften), vor allem für ländliche Gebiete.

STÄRKUNG DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VON KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Die konjunkturelle Entwicklung in Verbindung mit einem zunehmenden Fachkräftemangel führten zu nachlassendem Gründungsgeschehen, stagnierender Gründungsintensität und einer sinkenden Zahl von selbstständigen Personen im Land. Diese Entwicklung betraf auch die für den wirtschaftlichen Fortschritt wichtigen innovativen, technologieorientierten, forschungs- und wissensintensiven Bereiche. Eine weitere Herausforderung stellen Unternehmensnachfolgen dar. Für eine zunehmende Zahl von Unternehmen werden u.a. demographisch bedingt Nachfolgeregelungen erforderlich. Außerdem besteht die Notwendigkeit, die Voraussetzungen der KMU zu verbessern, in internationale Wertschöpfungsketten und Absatzmärkte eintreten zu können.

UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE UND DES STRUKTURWANDELS

Kernanliegen der brandenburgischen Landesregierung sind der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Senkung der CO₂-Emissionen. Dabei liegt der Fokus auf der Systemintegration der Erneuerbaren Energien und einer intelligenten Sektorenkopplung bei gleichzeitigem Umbau der bestehenden Energieversorgungssysteme.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Umsetzung des Kohleausstiegs, auf dem Strukturwandel im Lausitzer Revier und in der Raffinerieregion Schwedt/Oder sowie auf der Forcierung des landesweiten Ausbaus der Versorgung mit erneuerbaren Energien und einer zunehmenden Sektorenkopplung. Gleichzeitig sollen den in Brandenburg ansässigen energieintensiven Industrien mit dem Umbau der Energieversorgungssysteme geeignete Rahmenbedingungen

für eine erfolgreiche wirtschaftliche Betätigung am Standort zur Verfügung gestellt werden. Neuen Technologien und Verfahren für eine nachhaltige und klimaneutrale Energieversorgung und -speicherung in den Sektoren Strom, Wärme und Verkehr kommt hierbei zukünftig eine zentralere Rolle zu.

ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL UND RESSOURCENMANAGEMENT

In Folge des Klimawandels nehmen hydrologische Extreme und damit die Gefahr von Schäden durch Überschwemmungen und Sturzfluten zu. Laut Klimareport Brandenburg 2019¹¹ nimmt zwar die jährliche Niederschlagsmenge im Land tendenziell nicht ab, jedoch ist die Verteilung der Niederschläge auf das Jahr und das Auftreten von Starkregenereignissen im Wechsel mit längeren Dürreperioden problematisch.

Weiterhin sind Vorkehrungen zum Ressourcenschutz zu treffen. Der effiziente Ressourceneinsatz, die Abfall-/Abwassermeidung und die Rohstoffwiedergewinnung durch eine intelligente Kreislaufwirtschaft müssen forciert werden, da Brandenburg sowohl hinsichtlich der anfallenden Abfälle/Abwässer als auch des geringer werdenden Wasserdargebots vor einer großen Herausforderung steht. Das betrifft die Arbeits- und Produktionsprozesse in KMU, aber auch die Rückgewinnung von Rohstoffen aus Abfällen bzw. Abwasser. Vorhandene Potenziale zur Aufbereitung von Reststoffen und deren Kreislaufführung sind vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen nicht ausgeschöpft.

FUNKTIONALE SICHERUNG UND STÄRKUNG ZENTRALÖRTLICHER STRUKTUREN

Da den „Zentralen Orten“ gemäß des Landesentwicklungsplans Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg¹² eine besondere Bedeutung für die Sicherung und Entwicklung des brandenburgischen Gesamttraumes zukommt, müssen sie in ihrer Funktion und Leistungsfähigkeit gestärkt werden. Sie sind gleichermaßen Motoren für die Wirtschaft ihres Umlands, Orte der Vernetzung, der Kreativität und Innovationen als auch Dienstleistungszentren. Als Standorte der Daseinsvorsorge sollen hier die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und administrativen Einrichtungen gebündelt werden. Dies soll eingebettet in einen regionalen Kontext erfolgen, da Interventionen umso nachhaltiger und erfolgreicher auf veränderte Rahmenbedingungen wie die wirtschaftliche Transformation, den Klimawandel aber auch auf

¹¹ <https://ifu.brandenburg.de/ifu/de/ueber-uns/veroeffentlichungen/detail/~28-10-2019-klimareport-brandenburg-2019>

¹² <https://gl.berlin-brandenburg.de/landesplanung/landesentwicklungsplaene/lep-hr/>

die Leistungsfähigkeit kommunaler Verwaltungen reagieren können, wenn es gelingt, diese in stadtreionalen Kooperationen umzusetzen.

Das EFRE-/JTF-Programm beinhaltet sechs Prioritäten:

Priorität 1 „Innovation und Wettbewerb“ (482,3 Mio. Euro EFRE)

Diese Prioritätsachse beinhaltet die Förderung von Forschungsinfrastrukturen, anwendungsorientierten Forschungsvorhaben, betrieblichen Technologieprojekten und von Cluster- und Technologietransferstrukturen sowie die Unterstützung von Digitalisierungsvorhaben. Grundlage sind die innoBB 2025 sowie die innoBB 2025plus (s. Abschnitt 3.3.1). Eine wichtige Voraussetzung für die Förderung ist die Ausrichtung auf die Cluster und die Bedarfe der Wirtschaft.

Weiterhin stehen die Innovations- und Wachstumsprozesse der KMU im Fokus. Das Spektrum reicht von der Förderung innovativer Gründungen/Startups über Förderungen von Erweiterungen und Modernisierungen bis zu Markterschließungsaktivitäten und Unternehmensnachfolgen (s. Abschnitt 3.3.6).

Priorität 2 „Energiewende, Klimawandel und Ressourcenschutz“ (235,4 Mio. Euro EFRE)

Diese Priorität umfasst ein breites Spektrum von Maßnahmen wie die Verbesserung der Energieeffizienz von Unternehmen sowie von kommunalen Hallenbädern, aber auch die Förderung des Einsatzes von Wasserstoff und die Speicherung erneuerbarer Energien. Weiterhin soll auf die vermehrt auftretende Wasserknappheit und die immer wieder stattfindenden Starkregenereignisse mit einem Förderprogramm zur Anpassung an den Klimawandel reagiert werden, das u. a. die z. B. durch Hitzesommer und Starkregen angespannte Situation in historischen Parks und Gärten berücksichtigt. Auf dem Weg in eine CO₂-arme und kreislauforientierte Wirtschaft werden zudem die Verbesserung der Nachhaltigkeit in kleinen und mittleren Unternehmen und die Rückgewinnung von Phosphor aus Klärschlamm unterstützt.

Priorität 3 „Nachhaltige städtische Mobilität“ (20 Mio. Euro EFRE)

Es werden ausschließlich Projekte zur Unterstützung einer nachhaltigen, multimodalen, städtischen Mobilität unterstützt. Im Mittelpunkt steht der Öffentliche Personennahverkehr und hier vor allem Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umstellung auf klimafreundliche Antriebe.

Priorität 4 „Nachhaltige Stadtentwicklung“ (80 Mio. Euro EFRE)

In dieser Priorität werden Maßnahmen Zentraler Orte durchgeführt (bzw. solcher Orte, die eine funktionale Verbindung zu Zentralen Orten haben), die der Qualifizierung und der Anpassung der sozialen und kulturellen Infrastruktur dienen oder mit denen insbesondere die ökologischen Entwicklungen in den Städten adressiert werden. Damit soll einerseits eine Anpassung der sozialen und kulturellen Infrastruktur an die sich aufgrund der demografischen Entwicklung ändernden Nachfragestrukturen und Bedarfe ermöglicht werden, andererseits aber auch zur Klimaresilienz der Städte und zu nachhaltigen Mobilitätslösungen beigetragen werden.

Priorität 5 Unterstützung des Strukturwandels im Braunkohlerevier Lausitz (Brandenburg) (645,5 Mio. Euro JTF)

Im Lausitzer Revier sollen insbesondere KMU bei der Transformation und Weiterentwicklung hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützt werden. Weiterhin sollen Beschäftigte und junge Menschen bei der Transformation durch Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung als Fachkräfte gesichert und gewonnen werden. Auch das Entwicklungs- und das Transformationspotential sowie die Standortattraktivität des Lausitzer Reviers sollen nachhaltig gestärkt und so Investitionen und Innovationen für eine wettbewerbsfähige Region angereizt werden. Ein wichtiger Baustein ist darüber hinaus die Unterstützung anwendungsorientierter Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEul) von Wissenschaftseinrichtungen zur wirksamen Stärkung des Entwicklungspotentials durch Maßnahmen am FuEul-Hub „Lausitz-Science-Park“/Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg.

Priorität 6 Unterstützung des Strukturwandels in der Raffinerieregion Schwedt/Oder in der Uckermark (110,0 Mio. Euro JTF)

Die Raffinerieregion soll dabei unterstützt werden, neue und angepasste nachhaltige Wertschöpfungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Herzstück ist der Aufbau eines Innovationscampus für den Wandel der fossilen Raffinerieökonomie und der energieintensiven Prozessindustrie am Standort in Schwedt bzw. in der Uckermark, der von Vorhaben zur beruflichen Weiterentwicklung der Beschäftigten, der Entwicklung zukünftiger Fachkräfte und der Schaffung der Voraussetzungen für eine Begleitung transitionsbetreffender Alters- bzw. Berufsgruppen flankiert wird. Außerdem sind Investitionen für den Umstieg auf eine grüne, erschwingliche Wärmeversorgung vorgesehen.

Die Umsetzung des EFRE-/JTF-Programms erfolgt im Rahmen von Landesförderprogrammen, die zum Teil bereits in Kraft getreten sind bzw. deren Inkrafttreten im Laufe des Jahres 2023, gegebenenfalls bis spätestens Anfang 2024,

erfolgen wird. Derzeit¹³ handelt es sich dabei um die Markterschließungsrichtlinie, die Unternehmensnachfolge-richtlinie sowie um die Programme „Gründung Innovativ“, „ProFIT“ und „Ausbau der Infrastruktur für Forschung, Entwicklung und Innovation an Wissenschaftseinrichtungen“.

Außerdem stehen pauschal 3,5 % der EFRE-Mittel sowie 4 % der JTF-Mittel für die Technische Hilfe zur Verfügung, die z. B. für die Verwaltung, Begleitung und Kontrolle des EU-Mitteleinsatzes sowie die Information über die Möglichkeiten und Ergebnisse der Förderung verwendet werden.

Nähere Informationen zu den einzelnen Förderungen und Möglichkeiten zur Antragstellung sind auf den Websites des EFRE und JTF (<https://efre.brandenburg.de>) und der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB, <https://www.ilb.de>) verfügbar.

4.2 EUROPÄISCHER SOZIALFONDS PLUS (ESF+)

Das Brandenburger ESF+-Programm wurde nach einem über dreijährigen Vorbereitungsprozess am 4. Juli 2022 genehmigt. Der Prozess verlief - ähnlich wie beim EFRE/JTF-Programm - von einer breiten partnerschaftlichen Beteiligung und Abstimmung über Konsultationen mit der interessierten Öffentlichkeit bis zum Kabinettsbeschluss im Oktober 2021. Auch hier erfolgte eine Begleitung durch den Gemeinsamen Begleitausschuss für die EU-Fonds.

Ziele der Förderung

Der ESF+ ermöglicht in Brandenburg zusätzliche Investitionen, die über Förderrichtlinien der Fachressorts für die identifizierten Bedarfe eingesetzt werden. Die Mittel dienen dazu, die Effektivität des brandenburgischen Arbeitsmarktes zu erhöhen, gleichen Zugang zu hochwertiger Beschäftigung zu befördern, die schulische und berufliche Bildung zu verbessern sowie benachteiligten Gruppen zu helfen, an Bildung und sozialem Leben teilzunehmen und Armut zu bekämpfen. Insbesondere zielt der ESF+ dabei darauf ab

- Erwerbstätigkeit zu fördern – sowohl durch Maßnahmen, die arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten jungen Erwachsenen die Integration in Beschäftigung ermöglichen, als auch durch die Unterstützung von Existenzgründungen,
- die Effektivität und Arbeitsmarktrelevanz der schulischen und beruflichen Bildung zu steigern und die Entwicklung von Schlüsselkompetenzen – einschließlich digitaler Kompetenzen - zu erleichtern,

- berufliche Bildung flexibel zu unterstützen, um Menschen mit den am Arbeitsmarkt benötigten Kompetenzen auszustatten und die Anpassung an den ökologischen und digitalen Wandel voranzubringen sowie Weiterbildung und berufliche Übergänge zu erleichtern,
- die aktive Integration arbeitsmarktfremder Menschen (insbesondere Langzeitarbeitsloser) zu fördern.

Der demografische Wandel, insbesondere die Veränderung der Altersstruktur, wirkt sich in den nächsten zehn Jahren deutlich auf den Arbeitsmarkt aus: 2030 wird fast jeder dritte Brandenburger 65 Jahre und älter sein (Steigerung von 22 % 2010 auf 30 %), während die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter stark zurückgeht. Die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung ist damit in starkem Maße davon abhängig, wie der steigende Fachkräfte- und Innovationsbedarf, der sich aus diesem Rückgang der Erwerbsbevölkerung ergibt, bewältigt wird. Dies spiegelt sich auch in den fondsübergreifenden Prioritäten der Landesregierung für die Förderperiode 2021 - 2027 wider. Für den ESF+ ist dabei die Priorität „Bessere Bildungschancen sowie Entwicklung der Arbeits- und Fachkräftepotenziale“ von besonderer Bedeutung.

Die ESF+-Strategie des Landes beruht daher im Wesentlichen auf der weiterentwickelten Arbeits- und Fachkräftestrategie des Landes „Fachkräfte bilden, halten und für Brandenburg gewinnen“ (s. Abschnitt 3.2.1). Damit wurde der konzeptionelle Ansatz des ESF-Programms 2014 – 2020 „Gute Arbeit für alle und sichere Übergänge“ fortgeschrieben und vor dem Hintergrund aktueller Veränderungen im Wirtschafts- und Arbeitsleben, insbesondere der Digitalisierung, weiterentwickelt.

Der Einsatz digitaler Technologien verändert vor allem die Anforderungen an Ausbildung, Qualifikation und Kompetenzerwerb der Beschäftigten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) können diese Herausforderung oft nicht aus eigener Kraft bewältigen. Im Sinne des Leitbildes Guter Arbeit ist Brandenburg daher aktiv, um die neue, digitale Arbeitswelt so zu gestalten, dass sich die damit verbundenen großen Zukunftschancen für Betriebe, Beschäftigte und Selbstständige realisieren. Das ESF+-Programm soll somit, insbesondere durch die stärkere Ausrichtung der beruflichen Bildung auf die veränderte Arbeitswelt und die bedarfsgerechte Qualifizierung von Arbeitslosen bzw. Existenzgründerinnen und -gründern, auch zur Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg beitragen.

Gleichzeitig trägt das ESF+-Programm mit dieser Ausrichtung auch zum Handlungsfeld „Gute Arbeit“ und Fachkräftesicherung des Schwerpunkts „Wirtschaft und Arbeit“ der

¹³ Mai 2023

Landesnachhaltigkeitsstrategie bei. Ziel dieses Handlungsschwerpunkts ist es, die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg als Vorbildregion für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu profilieren. Dabei geht es insbesondere darum, nachhaltige Arbeits-, Wirtschafts- und Lebensformen zu erproben und zu etablieren, einen ökologisch orientierten Investitions-, Industrie- und Arbeitsstandort zu entwickeln („Green & Fair Economy“), natürliche Ressourcen zu erhalten sowie letztlich Unternehmen und Fachkräften in einer intakten Umwelt attraktive Ansiedlungs- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Der demografische Wandel, d. h. die Verringerung und Alterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, macht aus dieser Perspektive die Verfügbarkeit und Qualität von Fach- und Arbeitskräften zu strategischen Standortfaktoren und damit zu einem Kernelement der Regionalentwicklung.

Herausforderungen

Mit dem ESF+ verbessert Brandenburg den Zugang zu besseren Arbeitsplätzen, bietet Qualifizierung und unterstützt die soziale Integration. Das ESF+-Programm investiert „in Köpfe“, stärkt den sozialen Zusammenhalt und macht Europa für die Brandenburgerinnen und Brandenburger direkt erlebbar. Die wichtigsten Herausforderungen, die in der Programmstrategie adressiert werden, sind:

- Trotz der insgesamt sehr guten Arbeitsmarktentwicklung in Brandenburg besteht angesichts der Folgen der demografischen Entwicklung für die Wirtschaft eine wesentliche Herausforderung darin, das Erwerbspotenzial benachteiligter Gruppen noch besser zu nutzen und sie in Beschäftigung bzw. Selbständigkeit zu integrieren.
- Von zentraler Bedeutung für Brandenburg bleibt es, die Quote der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger/-innen nachhaltig zu senken.
- In diesem Zusammenhang bleibt es auch dabei, möglichst allen jungen Menschen zu einer erfolgreichen Ausbildung zu verhelfen und damit die Voraussetzungen für eine qualifizierte Berufstätigkeit zu schaffen.
- Angesichts des Strukturwandels in Wirtschaft und Arbeitswelt – in den vergangenen Jahren insbesondere durch zunehmende Fachkräftengpässe und Digitalisierung, zukünftig verstärkt auch durch den Übergang zur Klimaneutralität - bleibt die Unterstützung flexibler und hochwertiger Weiterbildungsmöglichkeiten für alle, insbesondere unter Berücksichtigung der Entwicklung digitaler Kompetenzen, eine wichtige Aufgabe.
- Um vorhandene Arbeitskräftepotenziale in Brandenburg auszuschöpfen bzw. zusätzliche zu erschließen, ist es – neben Investitionen in Bildung - insbesondere

notwendig, die Erwerbsbeteiligung hier lebender Menschen mit Migrationsgeschichte zu stärken, das Land noch mehr für Zuwanderung zu öffnen und dabei in stärkerem Maße eine Willkommenskultur zu etablieren.

- Die Arbeitsmarktintegration Langzeitarbeitsloser bleibt eine wesentliche Herausforderung für Brandenburg, auch weil Erwerbslose besonders armutsgefährdet sind. Betriebe sind zwar zunehmend bereit, auch Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben. Jedoch stellen neben einem teils fehlendem Fachwissen vor allem die erwarteten Soft Skills wie analytisches Denken oder Teamfähigkeit eine Erfolgshürde dar.

Ein Schwerpunkt des ESF+ Brandenburg liegt bei Maßnahmen, die die Arbeitsmarktchancen junger Menschen verbessern. Zudem werden soziale innovative Maßnahmen gefördert, insbesondere solche, die die Anpassung von Arbeitskräften und Unternehmen an den demografischen, digitalen bzw. ökologischen Wandel sowie gute Arbeitsbedingungen unterstützen.

Insgesamt stehen 396,5 Mio. Euro aus dem ESF+ zur Verfügung. Das abgestimmte ESF+-Programm beinhaltet vier Prioritäten: Beschäftigung, Bildung, soziale Inklusion und innovative Maßnahmen (vgl. [ESF+-Programm | Home - Europäischer Sozialfonds im Land Brandenburg](#)).

In den einzelnen Prioritäten werden Maßnahmen in ausgewählten spezifischen Zielen (Kurzfassung) gefördert, deren Nummerierung der EU-Systematik entspricht:

Priorität A. Beschäftigung (49,5 Mio. EUR ESF+)

4.1. Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und Aktivierungsmaßnahmen für alle Arbeitssuchenden, insbesondere für junge Menschen, sowie durch die Förderung selbstständiger Erwerbstätigkeit:

- Gründungsförderung „Gründen in Brandenburg“
- Integration junger von Arbeitslosigkeit bedrohter oder betroffener Erwachsener „Perspektive Job“

Priorität B. Bildung (224,9 Mio. EUR ESF+)

4.5 Verbesserung der Qualität, Inklusivität, Leistungsfähigkeit und Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung:

- Praxisnahe Berufsorientierung
- Türöffner: Zukunft Beruf
- Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem

4.6 Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung

einschließlich des entsprechenden Abschlusses, insbesondere für benachteiligte Gruppen:

- Projekte Schule/ Jugendhilfe
- Berufspädagogische Maßnahmen der Jugendhilfe
- Jugendfreiwilligendienste
- Wissenschaft und Forschung

4.7 Förderung des lebenslangen Lernens, insbesondere von flexiblen Möglichkeiten für Weiterbildung für alle, Erleichterung beruflicher Übergänge:

- Berufliche Weiterbildung
- Alphabetisierung und Grundbildung
- Brandenburger Innovationsfachkräfte

Priorität C. Soziale Inklusion (105,6 Mio. EUR ESF+)

4.9 Förderung der sozioökonomischen Integration von Drittstaatsangehörigen:

- Willkommen in Brandenburg
- Deutschkurse für Geflüchtete

4.12 Förderung der sozialen Integration von Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind:

- Förderung der Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familienbedarfsgemeinschaften
- Sozialpädagogische Begleitung und fachliche Anleitung in Sozialbetrieben
- Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI)
- Stark vor Ort: soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und ihren Familien

Priorität D. Soziale innovative Maßnahmen (16,5 Mio. EUR ESF+)

4.4 Förderung der Anpassung von Arbeitskräften, Unternehmen sowie Unternehmerinnen und Unternehmern an Veränderungen + spezifisches Ziel 4.1. (s.o.):

- Soziale Innovationen: Modellprogramm zur Förderung neuer Ansätze für die Brandenburger Arbeitspolitik

Begonnene Maßnahmen / Ausblick

Die ESF+-Förderung erfolgt im Rahmen der oben genannten 19 Richtlinien, die ganz überwiegend (Ausnahmen: „Perspektive Job“, „Deutschkurse für Geflüchtete“, „Stark vor Ort“ und „Soziale Innovationen“) bereits in Kraft sind. Im ersten halben Jahr, d. h. bis zum Dezember 2022, wurden über 500 Maßnahmen aus dem ESF+-Programm bewilligt.

Die Implementation aller Richtlinien soll bis zum 3. Quartal 2023 abgeschlossen werden. Nähere Informationen zu den einzelnen Förderungen und Möglichkeiten zur Antragstellung sind auf den Websites des ESF ([ESF+-Förderprogramme 2021-2027 | Home - Europäischer Sozialfonds im Land Brandenburg](#)) und der Investitionsbank des Landes Brandenburg ([Übersicht aller Förderprogramme Arbeit \(ilb.de\)](#)) verfügbar.

Weitere Online-Angebote des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg:

Zahlen und Fakten zur Wirtschaftsstatistik Brandenburg:

https://mwae.brandenburg.de/de/wirtschaftsstatistik/bb1_c.478811.de#accordion-tab-bb1c605852de

Konjunkturtelegramm zur brandenburgischen Wirtschaftslage, monatlich aktualisiert:

https://mwae.brandenburg.de/media/bb1_a.3814.de/KonjunkturtelegrammBB.pdf

Schnellinfo zur brandenburgischen Wirtschaftslage, monatlich aktualisiert:

https://mwae.brandenburg.de/media/bb1_a.3814.de/Wirtschaftsstatistik_Schnellinfo.pdf



Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie
des Landes Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
Tel.: 0331 8660
Fax: 0331 8661533
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@mwae.brandenburg.de

Redaktionsschluss: Mai 2023

